

ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT DER BUNDESLÄNDER: ERKLÄRUNGEN UND LEISTUNGEN

Ludger Reuke, Caroline Schäfer und Sandra Albers



Impressum

Herausgegeben von:

Germanwatch e.V.
Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D 53 113 Bonn
Tel.: 0228/ 60 492-0, Fax: -19
e-mail: reuke@germanwatch.org

Büro Berlin
Voßstr. 1
D 10 117 Berlin
Tel.: 030/2888 356-0, Fax: -1

Diese Veröffentlichung kann auch abgerufen werden unter:
www.germanwatch.org/ez/bulae03.htm

© Germanwatch e.V. Juli 2003

ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT DER BUNDESLÄNDER: ERKLÄRUNGEN UND LEISTUNGEN

Ludger Reuke, Caroline Schäfer und Sandra Albers

INHALT

Vorwort	3
A) Politischer Rahmen und Schwerpunkte	5
<i>Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten von 1988, 1994 und 1998</i>	
B) Der finanzielle Rahmen	6
C) Die Leistungen der Bundesländer 1990–2002	7
1. Zur Verlässlichkeit der Daten (7)	
2. Die Leistungen in absoluten Zahlen (7)	
3. Die Leistungen relativ (8)	
D) Inhalte und Schwerpunkte: „Verbalität“ und Realität	10

Anhänge

I: Beschlüsse der Ministerpräsidenten im Wortlaut	11
II: Leistungen 1990-2002 in absoluten Zahlen	16
1. Tabelle (Rangfolge gemäß Leistungen 2001)	
2. Grafik zu Leistungen 2001	
3. Kurve zur Gesamtleistung der Länder 1962-2001	
III: Leistungen 1989-2002 relativ	19
1. Leistungen mit Rangfolge nach Einwohnern	
2. dito im Verhältnis zum Landeshaushalt	
3. dito zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)	
IV: Grafiken mit Leistungen über die Jahre pro Land	34
V: Steigerungen und Kürzungen über die Jahre	43
1. pro Einwohner	
2. im Verhältnis zum Landeshaushalt	
3. im Verhältnis zum BIP	
VI: Inhaltliche Grobaufschlüsselung der Leistungen	47
Zusammenfügte „Deckblätter“ der ODA-Meldungen 1995-2002	
VII: Leistungen für EBÖA (oder IBA) im Vergleich	64
VIII: Zuständige für die Länder-EZ	66

Vorwort

Diese Veröffentlichung ist keine wissenschaftlich-kritische Aufarbeitung der „Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer“; sie ist eher eine Serviceleistung, eine Handreichung für jene, die sich mit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Länder beschäftigen wollen oder müssen. Sie ist in den Tabellen und Grafiken völlig, im Text überwiegend unparteiisch, mit einer Ausnahme: Wir machen mehrfach deutlich, dass die von den Ministerpräsidenten immer wieder zum Schwerpunkt erklärte Informations- und Bildungsarbeit (IBA) – meist als entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (EBÖA) bezeichnet – keine einem Schwerpunkt entsprechenden Mittel erhält – und dadurch die Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit aufs Spiel setzt, welche die EZ wie jede andere Politik braucht.

Für die meisten Nutzer werden nur ca. 5-10% der Daten von Interesse sein, aber je nach „Wohnland“ oder Interesse jeweils verschiedene. Seit Mitte Juni liegen uns zwar alle Daten für 2002 vor, da sie aber z.T. noch vorläufig sind, haben wir in der Regel Rangfolgen und Ähnliches nach den Zahlen für 2001 bestimmt.

Der Text zeichnet zunächst den groben politischen Rahmen der Länder-EZ, um deren Stellenwert in der gesamten deutschen EZ bestimmen zu können. Den größten, entwicklungspolitisch eher fragwürdigen Teil der Leistungen, die „Studienplatzkosten für Studenten aus Entwicklungsländern“ (2001: knapp 87%), behandeln wir nur am Rande; im Mittelpunkt stehen die restlichen, entwicklungspolitisch weitaus bedeutenderen gut 13% (2001: 60 Mio. €).

In den Anhängen finden sich zunächst die bereits vom World University Service (WUS) veröffentlichten Erklärungen der Ministerpräsidenten von 1988, 1994 und 1998 (ISBN 3-922845-33-9, hier: Anhang I) und die aggregierten Einzel- und Gesamtleistungen der Bundesländer (zu finden unter www.bmz.de; hier: Anhang II). Neu sind unsere Zusammenstellungen der Nettoauszahlungen pro Einwohner, im Verhältnis zum Landeshaushalt und zum Bruttoinlandsprodukt (Anhang III). Diesen drei Kategorien gemäß zeigen die nachfolgenden Grafiken die Rangfolgen der Länder (Anhang IV). Festzustellen, ob eine Verbesserung der Rangfolge auf eine Erhöhung der Leistung zurückzuführen ist oder nur auf eine Verminderung der Auszahlungen anderer Länder, ermöglicht Anhang V (reale Zahlen für 1989 bis 2002 pro Land nebeneinander).

Zu den Inhalten der Länder-EZ gibt Anhang VI mit den „Deckblättern“ der ODA-Meldungen für 1995 bis 2002 eine erste, wenn auch (zu) wenig detaillierte Auskunft. Für die politisch Verantwortlichen in den Ländern und die NRO ist die Zusammenstellung der Leistungen für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit 1995-2002 (geordnet gemäß ODA-Leistung 2001) von besonderem Interesse (Anhang VII).

Für die letzten Jahre sind darüber hinausgehende Detailangaben verfügbar; sie solide auszuwerten, war uns aus zeitlichen Gründen bisher nicht möglich.

Für eine wissenschaftliche Untersuchung wäre es reizvoll, sich kritisch mit den DAC-Kriterien auseinanderzusetzen, da sie im Detail durchaus Fragwürdiges enthalten. Für handlungsorientierte NRO ist dies jedoch arbeitsökonomisch kaum vertretbar, weil man ca. 25 Staaten, die alle an einer möglichst hohen ODA-Quote interessiert sind, von der Sinnhaftigkeit einer Änderung überzeugen und zu einem entsprechenden Abstimmungsverhalten überreden müsste. Das wäre für NRO sicherlich sehr (zu) schwierig.

Auch die Mammutaufgabe, für jedes Jahr und alle Länder festzustellen, ob alle Angaben den DAC-Melderichtlinien entsprechen, konnten wir nicht leisten; im Einzelfall wäre das jedoch möglich.

Als die Untersuchung begann, tauchten wir in einen Dschungel ein, mit Hilfe des World University Service (WUS) und einiger EZ-Beauftragter in den Ländern fühlten wir uns nach einiger Zeit wie auf einer kleinen Lichtung. Dass wir jetzt glauben können, einige Schneisen in den Dschungel geschlagen zu haben, verdanken wir hilfreichen Mitmenschen, insbesondere den Statistikern im BMZ, in einigen Ländern und im Statistischen Bundesamt, die einen staatlichen Haushalt offensichtlich ganz klassisch als „Das Buch der Nation“ ansehen und so gar nicht dem Klischee vom geheimniskrämerischen Beamten entsprechen. Den Genannten sind wir dankbar.

Wir bitten um Nachsicht, falls sich in den Tabellen bei der großen Fülle von Zahlen trotz aller Korrekturbemühungen einige Fehler finden. Fehlinterpretationen haben wir versucht zu vermeiden.

A) Politischer Rahmen und Schwerpunkte

„Aussenpolitik, und damit selbstverständlich auch Entwicklungspolitik, ist Bundessache!“ Mit dieser – nach GG Art 32 *im Grundsatz* zutreffenden – Aussage wurde bis in die 80er Jahre hinein gegen eine Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene der Bundesländer und der Kommunen argumentiert, obwohl es sie in verschiedenen Formen mit unterschiedlichem Erfolg bereits seit Anfang der sechziger Jahre gab.

Schwerpunktsetzung und die Rolle der NRO – der Beschluss von 1988

Unter Hinweis auf ältere Beschlüsse von 1962 und 1977 beendeten die Ministerpräsidenten der Bundesländer diese Debatte offiziell mit ihrem Beschluss vom 28. Oktober 1988: „Die Länder haben – unbeschadet der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik – ... einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau der Beziehungen zu den Entwicklungsländern geleistet“.

Für die heutige Beurteilung der Leistungen der Länder ist die damalige, später mehrmals ausdrücklich bestätigte Schwerpunktsetzung wichtig: „Die Ministerpräsidenten sehen die Schwerpunkte auch weiterhin in der

- Aus- und Fortbildung von Fachkräften vor Ort und im Inland
- Personellen Hilfe
- Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern
- Entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.“

Den letzten der vier Schwerpunkte begründen sie u.a. damit, „dass die Zusammenarbeit ... auch von der breiten Öffentlichkeit getragen werden muss.“

In diesem Zusammenhang „begrüßen und fördern (die Länder) das Engagement der Nicht-Regierungsorganisationen und der Kirchen ... sowie Aktivitäten von Gemeinden und von bürgerschaftlichen Initiativen. (Sie) sehen eine verstärkte Einbeziehung der Entwicklungspolitik in die schulische und außerschulische Informations- und Bildungsarbeit vor.“

Rio-Folgeprozess und die gewachsene Rolle der NRO – der Beschluss von 1994

In ihrem Beschluss vom 1. Dezember 1994 zum „Rio-Folgeprozess in der Entwicklungszusammenarbeit“ sehen sie „in den Ergebnissen der Rio-Konferenz eine deutliche Unterstützung ihrer eigenen Position, ... an dem notwendigen Veränderungsprozess nicht nur die Partner im Süden, sondern vor allem auch die Menschen im eigenen Land intensiv und auf allen Ebenen zu beteiligen.“ Besonders wichtig ist ihnen dabei, dass auch die Bundesregierung „alles in ihren Kräften Stehende tut, um Länder, Kommunen und gesellschaftliche Gruppen einschließlich Nicht-Regierungsorganisationen aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.“

Koordination und Kohärenz – der Beschluss von 1998

Am 9. Juli 1998 schließlich appellieren die Länderchefs an die Bundesregierung, sie stärker in konzeptionelle Überlegungen einzubeziehen und die Kohärenz von Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik zu fördern. „Aufgrund der herausragenden Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen“ fordern sie die Bundesregierung und die EU auf, deren Informations- und Bildungs- sowie die Projektarbeit zu unterstützen.

Die Beschlüsse als wichtige Referenzdokumente

In der Analyse und den politischen Willenserklärungen der Ministerpräsidenten ist also eine große Kontinuität festzustellen. Sie betonen in allen drei Beschlüssen die Wichtigkeit der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und die wesentliche Rolle, die Kirchen und NRO dabei spielen. Dass die Inhalte der Arbeit und deren Finanzierung diesen Erklärungen nicht immer in allen Ländern entsprechen, mindert nicht den Wert der Erklärungen als Referenzdokumente.

Die Schlussakte von Helsinki z.B. wurde von den Mächtigen in der Sowjetunion zunächst weder ernst genommen noch beachtet; aber ihre reine Existenz und die Möglichkeit für Dissidenten, sich immer wieder auf die Unterschrift auch ihres Staatschefs berufen zu können, trug ganz erheblich zur Auflösung des Ostblocks und der SU bei. Wie alle Vergleiche hinkt auch dieser, und wir haben es bei der EZ der Länder mit einer ganz anderen Ebene zu tun, aber der beharrliche Hinweis auf die Beschlüsse aller Ministerpräsidenten könnte auch hier zum Erfolg führen.

B) Der finanzielle Rahmen

In den vergangenen Jahren lagen die *ODA-Leistungen* der Bundesrepublik bei ungefähr 6 Milliarden €/Jahr (Official Development Assistance ist die Summe der öffentlichen finanziellen Leistungen, die vom Development Assistance Committee, DAC, in der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt worden sind).

Die *ODA-Quote*, das Verhältnis der ODA-Leistungen zum Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug 1998 und 1999 nur 0,26%, 2000 und 2001 – und nach den vorläufigen Zahlen auch 2002 – 0,27%. Versprochen wurden seit 1970 von allen Bundesregierungen und –kanzlern immer wieder 0,7%; Höchststand 1982 und 1983: 0,48%. In Monterrey 2002 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, bis 2006 eine Quote von 0,33% zu erreichen.

In den letzten drei Jahren macht der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ, (Einzelplan 23 des Bundeshaushalts) etwa 2/3 (2001: 65%) der ODA-Leistungen aus oder ungefähr 4 Mrd. €; Teile anderer Einzelpläne, Schuldenerlasse und anderes ergeben ca. 3/12, und das restliche Zwölftel (um die 8%) entfällt auf die ODA-Meldungen der Bundesländer. Im Jahr 2001 waren das 452 Mio. €, von denen allerdings der weitaus größte Teil, nämlich 392 Mio. €, auf „Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern“ entfielen und nur 60 Mio. € auf „andere“ entwicklungspolitisch relevante Ausgaben.

Mit den entwicklungsrelevanten 60 Mio. € oder ungefähr 1% der gesamten deutschen ODA-Leistung beschäftigt sich der nachfolgende Text.

Trotz dieser *relativ* geringen Summe sind die Leistungen der Länder für Einzelbereiche wie die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von großer Wichtigkeit.

(Seit 1996 sind die Studienplatzkosten gesondert ausgewiesen, aber „ODA-fähig“ geblieben.

Faustformel zur Berechnung: Nettoausgaben für staatliche Hochschulen *ohne Verwaltungsfachhochschulen und Studienkollegs* (1) geteilt durch die Zahl aller in- und ausländischen Studenten *außer an VWHS und StuKos* (2) multipliziert mit der Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern.

Vor Anwendung der Formel müssen allerdings von der Summe (1) **abgezogen werden**: a) Drittmittel, b) öffentliche Stipendien, c) Ausgaben für Großforschungs- und sonstige Hochschuleinrichtungen, die nicht der Ausbildung dienen, sowie d) Investitionskosten, darunter insbesondere **Baukosten!** Dagegen können Reparaturkosten eingerechnet werden. Je nach Zuordnung kann es bei (c), insbesondere aber bei (d) zu weit auseinander klaffenden Angaben kommen (Für Details siehe DAC-Meldeliste SS. 59 und 60). Ob die „Studienplatzkosten“ überwiegend der Entwicklung des „Südens“ oder eher den Interessen Deutschlands dienen, müsste diskutiert werden, ist hier aber kein zentrales Thema.

C) Die Leistungen der Bundesländer 1990 bis 2002

1. Zur Verlässlichkeit der Daten

Wer an Statistiken mit dem Winston Churchill zugeschriebenen Satz herangeht: „Ich glaube keiner Statistik, die ich nicht selbst gefälscht habe“, der kann zwar sicher sein, dass er bei der Arbeit mit evtl. fehlerbehafteten Statistiken keine falschen Schlussfolgerungen zieht, er verbaut sich aber jede Möglichkeit zu einer breiten Datenbasis für sein politisches Handeln und schränkt sich ein auf sehr begrenzte eigene Erfahrungen und Kaffeesatzleserei.

Da die Daten zur ODA des Bundes wie der Länder und unsere Vergleichsdaten – die Haushalte, das Bruttoinlandsprodukt und die Einwohnerzahlen – aus einer Vielzahl von Einzelangaben einer großen Zahl von Menschen zusammengesetzt sind, ist es angesichts der menschlichen Unzulänglichkeit kaum vorstellbar, dass die Statistiken – selbst bei bestem Willen und Bemühen – absolut korrekt sind. Es kann also in Details durchaus berechtigte Zweifel und Nachfragen geben. All diese Details aufzuspüren und den Zweifeln nachzugehen, würde unsere zeitlichen und personellen Möglichkeiten überschreiten, könnte allerdings im Einzelfall in einem einzelnen Land von Wichtigkeit und Nutzen sein. Ähnliches gilt ggf. für geschönte Angaben. Wir müssen uns hier im wesentlichen auf den Rahmen beschränken.

Wir gehen also im folgenden davon aus, dass

- die DAC-Melderichtlinien, (DAC Statistical Reporting Directives, DCD/DAC 2000/10) nur oder ganz überwiegend entwicklungsrelevante Maßnahmen auflisten
- die Richtlinien (86 S. in Englisch) in allen 16 Bundesländern bei der Ausfüllung der Meldelisten immer präsent sind und beachtet werden; denn die Listen werden im BMZ (und beim DAC) nur auf ihre Plausibilität hin überprüft: „Es ist nicht Aufgabe des BMZ, die Meldungen der Bundesländer im Detail nachzuprüfen.“
- die Zuordnung der einzelnen Leistungen zu den vorgegebenen Kategorien im wesentlichen zutreffend ist.
- in „schlechten Jahren“ stets und überall der Versuchung widerstanden wird, auch nicht ganz zweifelsfreie Leistungen aufzulisten.

Diese Prämissen zu benennen, bedeutet natürlich auch, mögliche Fragezeichen anzudeuten.

2. Die Leistungen in absoluten Zahlen

Bei Einwohnerzahlen zwischen über 18 Mio. und unter 700 000 und bei der höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder sagt ein Vergleich der absoluten Zahlen wenig aus; interessanter ist es, die Leistungskurve der Länder insgesamt und die der einzelnen Länder zu verfolgen und dabei die *nach* der Wiedervereinigung, also *nach* 1990 jeweils höchsten (in der Tabelle des Anhangs II **fett**) und niedrigsten (*kursiv*) Leistungen zu betrachten. Dabei fällt auf, dass bei fast allen alten Bundesländern (Ausnahme auf niedrigem Niveau SH) die Spitzen in der ersten Hälfte der 90er Jahre liegen, die niedrigsten Leistungen nach 1995 mit fallender Tendenz. Nur in NRW ist die Tendenz nach 1999 steigend mit den (sieht man ab vom nicht vergleichbaren Jahr 1993) höchsten Leistungen im Jahr 2001.

Dem entsprechen auch die Gesamtsummen: 1994 waren sie am höchsten (zu 1993 s.o.), 2000 am niedrigsten. Die Zahlen für 2002 liegen noch tiefer. Die Gefahr, dass sich auch in NRW die Tendenz dauerhaft umkehrt, ist real.

Es wäre wahrscheinlich erkenntnisfördernd, die Leistungen in Verbindung zu bringen mit geänderten Mehrheitsverhältnissen nach Landtagswahlen, Wechseln in der Person des Ministerpräsidenten oder anderen wichtigen landespolitischen Ereignissen; das war nur in Einzelfällen zu leisten. Diese Verbindung für „sein“ Land herzustellen, ist einem politisch Interessierten jedoch leicht möglich.

3. Die relativen Leistungen

Die Anhänge III und IV ermöglichen, die Leistungen der erst 11, dann 16 Bundesländer über mehr als 12 Jahre hinweg zu vergleichen, und zwar im Verhältnis zur Einwohnerzahl, zum Bruttoinlandsprodukt (d.h. zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) und zum Landeshaushalt insgesamt (der den politischen Willen erkennen lässt). Trotz geringfügiger Abweichungen zwischen den drei Kategorien sind einige deutliche Tendenzen erkennbar.

Hamburg belegt in allen Jahren von 1989 bis heute in allen drei Kategorien immer einen der ersten drei Plätze: Pro Einwohner bis 2000 immer Platz 1 (2001: 2), relativ zum Haushalt fast immer Platz 2, in % des BIP Rang 3 (1989-91 und 1995-97), Rang 1 (1992-94) und Rang 2 (seit 1992). Wie bei den anderen Stadtstaaten kommt auch Hamburg zugute, dass hier zu den Landesleistungen automatisch die kommunalen hinzukommen (ein Haushalt). Den ständig hohen Spitzenplatz verdankt Hamburg aber vor allem dem außergewöhnlich hohen Betrag für „Entwicklungsländerrelevante Forschung“. Im Schnitt der letzten sieben Jahre machten allein die Aufwendungen für das Übersee-Institut 70,5% (!) der Gesamtleistung aus.

Baden-Württemberg findet sich (außer 2000 beim BIP) in allen Jahren und Kategorien unter den ersten Vier, im Verhältnis zum Haushalt sogar fast immer (1989-98 und 2000) auf Platz 1, allerdings mit stark fallender Tendenz in den letzten beiden Jahren. Hauptposten ist hier die entwicklungsfördernde Wirtschaftsunterstützung.

Bremen und **Berlin**, die beiden anderen Stadtstaaten, finden sich mit wenigen Ausnahmen ständig unter den ersten Fünf, wohl wie bei Hamburg wegen des einen (kommunalen plus Landes-) Haushalts, wobei in Bremen zusätzlich der besonders starke Einsatz der Bürgermeister Hans Koschnik und Henning Scherf für die EZ eine Rolle spielt.

Nordrhein-Westfalen ist der Fünfte im Bunde, seit 1991 im Verhältnis zum Landeshaushalt, in den beiden anderen Kategorien seit 1993; wobei im Vergleich zum Haushalt 2001 erstmals die Spitzenposition erreicht wurde. Hier ist mit ausschlaggebend die starke Stellung von Johannes Rau nach der Landtagswahl 1990 (ab 1991 fast Verdoppelung). Das hohe Niveau wurde seither gehalten und nach dem Eintritt der Grünen in die Regierung 1995 durch das Promotorenprogramm und die Bereitstellung von Mitteln zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für NRO über die Kommunen (erst 0,50 DM, heute 0,20 €) inhaltlich gestärkt.

Das Saarland findet sich in allen Jahren, ganz unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Ministerpräsidenten, am anderen Ende der Skala, seit 1994 sogar überholt von einigen der neuen Bundesländer, seit 1998 immer „ganz unten“ zwischen Rang 14 und 16.

Rheinland-Pfalz pendelt in fast allen Jahren (Ausnahme 1994 mit dem Völkermord im Partnerland Ruanda) um Platz 6. Dass es nicht weiter vorn liegt, liegt wohl u.a. daran, dass ein nicht unwesentlicher Teil der im Land für EZ im weiteren Sinne aufgewendeten Mittel von Kommunen, Kirchengemeinden, Schulen und NRO erbracht wird.

Bayern weist zwar zwischen den einzelnen Jahren häufiger starke Schwankungen auf, besetzt aber nach sehr tiefen Rängen (1989: 10. oder 11. und letzter; 1990-92 in allen drei Kategorien nur 9.) seit 1994 tendentiell einen 8. bis 6. Platz. Dabei sind bei in etwa gleichbleibenden, manchmal sogar leicht sinkenden, Leistungen (relativ zu Einwohnern, Haushalt und BIP) die „Platzziffern“ in der zweiten Hälfte der 90er erheblich höher als in der ersten. So reichten 1991 pro Einwohner 0,55 € nur zu Platz 9, während 1998 die 0,44 € und die 0,46 € im Jahr 1999 Platz 7 bedeuteten. Noch deutlicher wird das im Vergleich zum BIP, das bekanntermaßen in Bayern in den fraglichen Jahren erheblich stärker gestiegen ist als im bundesrepublikanischen Durchschnitt: Während 1989 die 0,0017% den 11. und damit letzten Platz einbrachten, bedeuteten die (sogar geringfügig geringeren) 0,0016% von 1998 den 8. und 2000 sogar den 7. Platz.

Niedersachsen und **Hessen** hatten im Verhältnis zum BIP tendentiell so stark gekürzt (Hessen 1989: 0,00580 %; 2000: 0,00125 %; Niedersachsen 1989: 0,00523 %; 2000: 0,00044% !), dass sie (wie das stets schwache Saarland) nicht nur unter Bayern, sondern sogar unter einige der neuen Bundesländer rutschten. In diesen beiden Ländern könnte es besonders interessant sein, die Kürzungen mit den politischen Wechseln abzugleichen.

Schleswig-Holstein schließlich lag bis 1996 stets auf oder unter dem 9. Platz, seitdem um Platz 8 mit ganz leicht steigender Tendenz. Allerdings ist auch hier – wie in Hamburg – der Anteil der „Entwicklungsländerrelevanten Forschung“ sehr hoch: In den letzten sieben Jahren im Schnitt 40,7%.

Die fünf neuen Bundesländer lagen naturgemäß in den ersten Jahren gemeinsam ganz unten, einige von Ihnen haben aber die letzten 5 Ränge inzwischen verlassen. **Thüringen** liegt jedoch seit einigen Jahren klar auf dem letzten Platz.

Es mag ermüdend sein, die Prozentzahlen mit der Null vor und zwei bis sogar drei Nullen hinter dem Komma zu vergleichen. Will man jedoch das je „eigene“ Land richtig einordnen, führt an dieser Mühe kein Weg vorbei.

D) Inhalte und Schwerpunkte: „Verbalität“ und Realität

Ende der 70er Jahre gab es eine – zeitweise ziemlich heftige und manchmal nicht ganz ideologiefreie – Auseinandersetzung darüber, ob die Bundesländer Mittel für die EZ (nur) in Entwicklungsländern oder (nur) in Deutschland bereitstellen sollten. Die Protagonisten orientierten sich entweder an Rheinland-Pfalz mit der Konzentration seiner Mittel auf Ruanda oder an Bremen, das die Wichtigkeit der Förderung von NRO, insbesondere in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (EBÖA) in Deutschland hervorhob. Als im Laufe der Debatte u.a. immer deutlicher wurde, dass Rheinland-Pfalz seine Leistungen für Ruanda durch eine intensive EBÖA (eigene und die der Gemeinden) rechtfertigte und Bremen seine EBÖA durch seine Städtepartnerschaften (u.a. mit Pune in Indien) glaubhaft untermauerte, zeitigte sie ein fruchtbares Ergebnis: Es gibt hier kein „entweder – oder“. In der Erklärung der Ministerpräsidenten von 1988 kommt dies durch das gleichberechtigte Nebeneinander in der Schwerpunktsetzung deutlich zum Ausdruck. In der „Verbalität“, und dem, was geschrieben steht, ist also heute in dieser Beziehung alles in Ordnung. In der Realität – und die drückt sich besonders deutlich in der Verteilung der Mittel aus – ist das etwas anders:

Einen ersten Aufschluss über die realen Inhalte der EZ und ihre relative Wertigkeit geben die „Deckblätter“ der jährlichen ODA-Meldungen der Länder mit ihren 6 Kategorien: „Maßnahmen in Deutschland“, „Maßnahmen in Entwicklungsländern“, „Stipendien für Fach- und Führungskräfte“, „Stipendien für Studenten“, „Entwicklungsländerrelevante Forschung“ und „Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung“ (aggregiert für 1995-2002 in Anhang VI). Obwohl die beiden ersten Kategorien nochmals in je drei Unterpunkte aufgeteilt sind, ergibt sich allein aus den „Deckblättern“ kein klares Bild, u.a. deshalb, weil unter dem Punkt „Sonstige Maßnahmen“ häufig ein Viertel (und manchmal mehr) aller Ausgaben verzeichnet sind.

Eindeutig aber wird in der großen Mehrzahl der Länder die EBÖA nicht annähernd so mit Mitteln ausgestattet, wie es die Erklärungen der Ministerpräsidenten erwarten ließen: Für sie, verbaliter einer von vier mehrfach bestätigten **Schwerpunkten**, wurden 2001 im Schnitt aller Bundesländer nur 5,66% der ODA-Mittel bereitgestellt (s. Anhang VII). Dabei liegen mit Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt drei neue Bundesländer „richtig“ (ein Viertel und mehr), aber selbst Bremen, mit weitem Abstand auf Platz 4 (10,09%), bleibt hinter der erklärten Schwerpunktsetzung zurück. Prozentual liegen Bayern (14. mit 1,43%) und Baden-Württemberg (15. mit 1,03%) weit hinten. Schleswig-Holstein zahlte 1999-2001 keinen Heller, in mehreren Jahren ebenso das Saarland. Wenn man einen Schwerpunkt so stiefmütterlich behandelt, liegt es nahe, von einer politischen Absicht auszugehen, die vor vielen Jahren in Bezug auf den entsprechenden Haushaltstitel im BMZ-Haushalt ein Beamter so formulierte: „Die sollen hier nicht soviel reden, die sollen lieber ‚da unten‘ ordentlich arbeiten.“ Im BMZ hat sich seit 1998 in diesem Bereich ein fortdauernder Wandel vollzogen: der entsprechende Titel ist von Jahr zu Jahr überproportional erhöht worden. Die gegenläufige Entwicklung in den Ländern steht nicht nur im eklatanten Widerspruch zu den Erklärungen der Ministerpräsidenten, sie untergräbt auf Dauer die notwendige Unterstützung der EZ durch eine informierte Öffentlichkeit – und der geneigte Leser möge uns verzeihen, dass wir in diesem Punkt die ansonsten bei einer „Handreichung“ gebotene unparteiische Linie verlassen haben.

Anhang I
Beschlüsse der Ministerpräsidenten im Wortlaut

Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Oktober 1988

1. Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat eine zunehmende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung erhalten.

Die Länder haben - unbeschadet der grundsätzlichen Zuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik - mit ihren vielfältigen Leistungen einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau der Beziehungen zu den Entwicklungsländern geleistet.

Die Ministerpräsidenten sehen in den Beziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern einen wichtigen Teil einer auf internationale Zusammenarbeit ausgerichteten Politik. Die Ausweitung und Vertiefung dieser Politik liegt im Interesse beider Seiten. Sie ist allerdings wachsenden qualitativen und quantitativen Herausforderungen ausgesetzt.

Trotz weltweiter Anstrengungen hat sich die Lage einer größeren Zahl von Entwicklungsländern in den letzten Jahren verschlechtert. Internationale Verschuldung, Budgetdefizite, Inflation, wachsende Armut, zunehmende Schädigungen der Umwelt und die nicht ausreichende Leistungsfähigkeit staatlicher Einrichtungen sind hierfür Ursache und Folge zugleich. Der Abstand vieler Entwicklungsländer zu den Industrienationen hat sich vergrößert. Die Ministerpräsidenten fordern die Bundesregierung und die Europäischen Gemeinschaften auf, gemeinsam mit den Entwicklungsländern Vorschläge für einen nachhaltigen Ausbau ihrer Beziehungen zu erarbeiten und dabei geeignete Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu schaffen.

Die Länder sind bereit - im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeiten und Möglichkeiten - in Abstimmung mit der Bundesregierung ihren Beitrag zur Lösung aktueller Probleme des Nord-Süd-Verhältnisses zu leisten. Die Ministerpräsidenten bekräftigen ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf der Grundlage ihrer Beschlüsse vom 03./04. Mai 1962 und 26.-28. Oktober 1977.

2. Die Ministerpräsidenten sehen die Schwerpunkte der Mitarbeit der Länder in der Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin in der Förderung der

- Aus- und Fortbildung von Fachkräften vor Ort und im Inland
- Personellen Hilfe
- Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern
- Entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

Sie betrachten diese Maßnahmen als wichtigen Beitrag für eine eigenständige Entwicklung der Länder der Dritten Welt und die Möglichkeit der verstärkten Teilnahme am Welthandel.

Im Hinblick auf die weltweit veränderten ökonomischen und sozialen Gegebenheiten halten die Ministerpräsidenten eine Ausweitung der Zusammenarbeit der Länder der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern auf folgenden Gebieten für geboten:

- Zusammenarbeit im Bildungswesen einschließlich berufliche Bildung
- Wissenschaftliche Zusammenarbeit
- Entwicklungsländerbezogene Forschung an Hochschulen
- Technische Zusammenarbeit einschließlich Entwicklung und Übertragung angepasster Technologie
- Mittelstands-, Handwerks- und Genossenschaftsförderung
- Schutz der Umwelt und Schonung der Ressourcen
- Ländliche und städtische Entwicklung
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Öffentlichen Verwaltung und der Einrichtungen zur Wirtschaftsförderung
- Förderung des Gesundheitswesens
- Kulturelle Zusammenarbeit.

Die Ministerpräsidenten sind der Auffassung, dass die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nicht nur vom Bund und den Ländern, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit getragen werden muss.

Die Länder begrüßen und fördern deshalb das Engagement der Nicht-Regierungsorganisationen und der Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Aktivitäten von Gemeinden und von bürgerschaftlichen Initiativen. Die Ministerpräsidenten sehen eine verstärkte Einbeziehung der Entwicklungspolitik in die schulische und außerschulische Informations- und Bildungsarbeit vor, um auf diese Weise das Bewusstsein und das Verständnis für die Probleme der Länder der Dritten Welt zu vertiefen.

3. Die bisherige wechselseitige Unterrichtung von Bund und Ländern über ihre entwicklungspolitischen Maßnahmen hat sich als nützlich erwiesen. Sie bedarf mit Blick auf den Gesamtumfang der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes und der Länder der Erweiterung und inhaltlichen Verbesserung. Die Länder vereinbaren, die gegenseitige Information über wichtige entwicklungspolitische Vorhaben auszubauen.

Die Ministerpräsidenten begrüßen die Absicht der Bundesregierung, ein Informationssystem als Kontaktstelle für entwicklungspolitische Vorhaben des Bundes und der Länder beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit einzurichten und erklären ihre Bereitschaft, daran mitzuwirken.

Die Bundesregierung wird gebeten, die Länder über neue Maßnahmen und Veränderungen in den entwicklungspolitischen Schwerpunkten des Bundes, seiner in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Institutionen sowie der internationalen Organisationen zeitgerecht zu unterrichten.

Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 1. Dezember 1994: Rio- Folgeprozess in der Entwicklungszusammenarbeit

Mit ihrem Beschluss vom 28. Oktober 1988 haben die Regierungschefs der Länder erneut die Bereitschaft unterstrichen, ihren Beitrag zur Lösung aktueller Probleme des Nord-Süd-Verhältnisses zu leisten und dabei zugleich die Beschlüsse vom 03./04. Mai 1962 und 26.-28. Oktober 1977 bekräftigt. Sie sehen darin auch weiterhin eine geeignete Grundlage, auf der sich die Entwicklungszusammenarbeit der Länder vollziehen kann.

Die Regierungschefs der Länder unterstreichen die Bedeutung des Rio-Folgeprozesses für die Länder und werden ihn im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nachdrücklich unterstützen.

Sie sehen in den Ergebnissen der Rio-Konferenz eine deutliche Unterstützung ihrer eigenen Position, die darauf gerichtet ist, an dem notwendigen Veränderungsprozess nicht nur die Partner im Süden, sondern vor allem auch die Menschen im eigenen Land intensiv und auf allen Ebenen zu beteiligen. Ohne Mitgestaltung durch die Bevölkerung und ohne Transparenz der notwendigen Veränderungsprozesse werden diese nicht umgesetzt werden können, weder im Norden noch im Süden.

Durch die "Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung" werden die zukünftigen Entwicklungsziele in Grundsätzen definiert und die politischen Prioritäten und zuständigen Strukturen in der sog. Agenda 21 präzisiert.

Der bei der Rio-Konferenz vereinbarte gemeinsame Entwicklungsprozess verlangt die Bereitschaft zu einer partnerschaftlichen Entwicklung jeweils angepasster tragfähiger umwelt- und sozial gerechter Modelle für das zukünftige Zusammenleben der Menschen auf diesem Planeten. Entwicklungszusammenarbeit muss deshalb Querschnittsaufgabe werden und die Kohärenz der zentralen Politikfelder anstreben.

Die Regierungschefs der Länder wollen diesen innovativen Impuls nach Kräften unterstützen und damit ihren Beitrag zugunsten einer nachhaltigen, sozial gerechten Entwicklung in der Einen Welt leisten.

Die Regierungschefs der Länder bieten ihre Kooperation im Rio-Folgeprozess an und erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihrerseits den notwendigen Umsetzungsprozess nach Rio fördert und insbesondere bei der Berichterstattung Deutschlands gegenüber der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) alles in ihren Kräften Stehende tut, um Länder, Kommunen, gesellschaftliche Gruppen einschließlich Nicht-Regierungs-Organisationen aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.

Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 9. Juli 1998

1. Die Regierungschefs der Länder sind sich darin einig, daß bei der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland und bei der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit durch wechselseitige Verwertung von Erfahrungen und effiziente Bündelung von Kräften verstärkt Möglichkeiten der Kooperation und der Arbeitsteilung genutzt werden sollten, um den erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können.

Sie nehmen den Bericht der Länderarbeitsgruppe „Koordination und Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit der Länder der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22. Juni 1998 zur Kenntnis.

2. Die Regierungschefs der Länder appellieren an die Bundesregierung, die Länder bei der Entwicklungszusammenarbeit mit ausländischen Partnern mit ihren Erfahrungen und Möglichkeiten noch stärker als bisher in die konzeptionellen Überlegungen (Länderkonzepte, Sektorkonzepte) einzubeziehen und die Kohärenz von Entwicklungspolitik und Außenwirtschaft zur Sicherung nachhaltiger Entwicklung zu fördern.

3. Aufgrund der herausragenden Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen und Initiativen fordern die Regierungschefs der Länder die Bundesregierung und die Europäische Union auf, neben der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit durch komplementäre Maßnahmen insbesondere die Förderung von Projekten der Nichtregierungsorganisationen und Initiativen zu unterstützen.

Anhang II
Leistungen 1990-2002 in absoluten Zahlen

Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer (1990 - 2002)

Nettoauszahlungen (ohne Studienplatzkosten) - Rangfolge gemäß Leistungen 2001

Bundesland	1990	1991	1992	1993 ¹⁾	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Nordrhein-Westfalen	8.687	15.958	15.956	30.037¹⁾	17.504	17.213	17.544	14.753	19.886	14.662	16.852	22.374	21.308
Baden-Württemberg	17.941	21.884	21.428	21.486	20.690	20.433	17.856	20.120	16.092	10.398	16.280	9.994	7.854
Bayern	4.618	6.401	6.589	8.685	8.192	6.369	10.890	9.005	5.332	8.795	5.686	7.887	4.159
Hamburg	4.644	4.676	5.191	5.604	5.568	5.363	4.954	4.820	4.715	5.076	5.167	4.344	5.132
Berlin	6.451	5.259	5.542	6.498	5.892	7.949	6.456	9.070	7.736	8.173	5.826	4.054	3.960
Rheinland-Pfalz	3.091	3.858	3.188	3.012	2.236	3.653	2.855	1.983	2.274	1.776	1.853	2.541	2.395
Hessen	5.169	3.794	5.458	3.429	4.892	3.606	3.516	2.594	2.066	2.472	2.310	1.919	2511
Bremen	1.509	1.490	1.258	1.170	1.410	2.101	1.852	1.385	1.143	1.195	1.338	1.810	1.621
Schleswig-Holstein	795	997	593	593	1.099	987	1.173	1.225	1.185	1.052	1.006	1.728	1.349
Niedersachsen	5.088	5.572	5.182	5.803	4.543	2.226	2.058	1.954	2.706	2.706	783	1.690	1.389
Sachsen	0		103	627	2.219	1.572	1.427	458	388	1.395	458	734	352
Mecklenburg-Vorpommern	0			14	59	200	169	139	103	136	450	447	535
Brandenburg	0			592	652	136	495	351	530	601	459	346	195
Sachsen-Anhalt	0	52		139	225	319	215	255	229	197	260	271	184
Thüringen	0			152	283	181	331	395	352	245	71	186	146
Saarland	297	330	333	332	141	222	205	199	103	75	75	141	143
	58.291	70.272	70.821	88.175	75.605	72.531	71.997	68.707	64.840	58.954	58.874	60.466	53.233

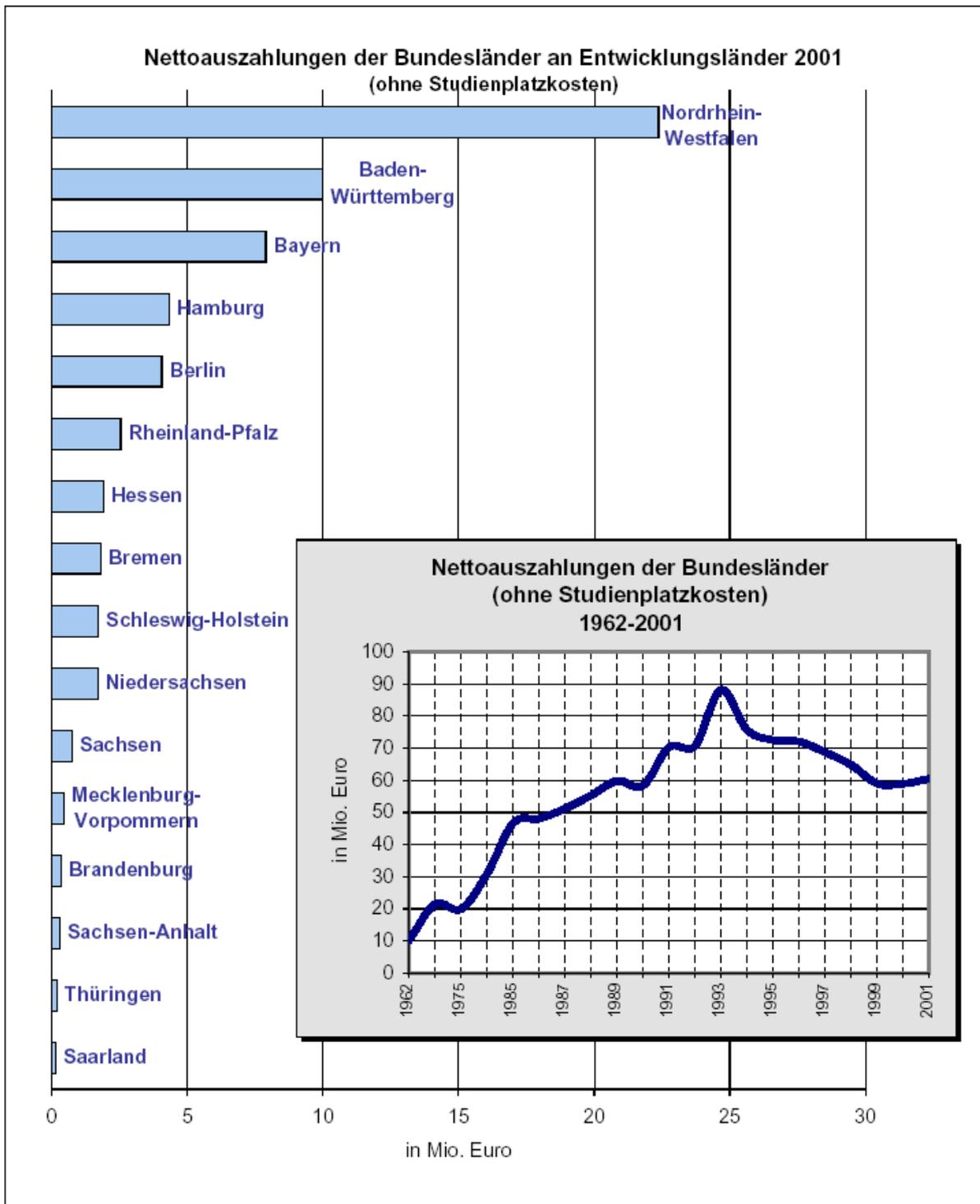
in 1.000 €

¹⁾ Die *außergewöhnlich* hohen Leistungen 1993 sind auf einmalige Leistungen von NRW an Kroatien und Bosnien- Herzegowina, sowie in geringerem Maße an Mazedonien und Israel zurückzuführen, alles keine anerkannten Entwicklungsländer (vgl. aber DAC- Meldeliste S. 64).

kursiv gedruckt = niedrigste Leistung *nach 1990/ fett gedruckt* = höchste Leistung *nach 1990*

Quelle: Zusammenstellung BMZ; bearbeitet von GERMANWATCH

Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer



Quelle:BMZ/ Statistik und Berichtswesen Stat-07a.xls/ 05.02.2003

Der "Gipfel" 1993 hat wenig bis gar nichts mit Entwicklungsländern zu tun. Er ist einzig darauf zurückzuführen, dass NRW in diesem Jahr ungefähr doppelt so hohe Angaben gemacht hat wie 1992 und 1994. Die überhöhten Mittel gingen einmalig an Kroatien und Bosnien-Herzegowina, sowie in geringerem Maße an Mazedonien und Israel, alles keine anerkannten Entwicklungsländer (vgl. aber DAC- Meldeliste S. 64!). Den "Gipfel" gibt es also in der "Entwicklungsrealität" nicht - die Kurve verläuft zwischen 1992 und 1994 in Wirklichkeit flach.

Anhang III
Leistungen 1989-2002 relativ

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.626.220	4.809	2,96
2.	Bremen	673.684	1.663	2,47
3.	Berlin/West	2.130.525	4.903	2,30
4.	Baden-Württemberg	9.618.696	18.620	1,94
5.	Hessen	5.660.619	6.847	1,21
6.	Rheinland-Pfalz	3.701.661	3.545	0,96
7.	Niedersachsen	7.283.795	5.734	0,79
8.	Nordrhein-Westfalen	17.103.588	8.918	0,52
9.	Schleswig-Holstein	2.594.606	960	0,37
10.	Bayern	11.220.735	3.461	0,31
11.	Saarland	1.064.906	306	0,29
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Thüringen			

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	21.444	18.620	0,0868
2.	Hamburg	7.570	4.809	0,0635
3.	Hessen	12.535	6.847	0,0546
4.	Bremen	3.407	1.663	0,0488
5.	Rheinland-Pfalz	8.033	3.545	0,0441
6.	Berlin/West	13.436	4.903	0,0365
	Niedersachsen	15.720	5.734	0,0365
8.	Nordrhein-Westfalen	33.016	8.918	0,0270
9.	Schleswig-Holstein	5.915	960	0,0162
10.	Bayern	22.700	3.461	0,0152
11.	Saarland	2.725	306	0,0112
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Thüringen			

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Berlin/West	42.786	4.903	0,0115
2.	Bremen	14.830	1.663	0,0112
3.	Hamburg	47.706	4.809	0,0101
4.	Baden-Württemberg	189.033	18.620	0,0099
5.	Rheinland-Pfalz	58.266	3.545	0,0061
6.	Hessen	117.987	6.847	0,0058
7.	Niedersachsen	109.639	5.734	0,0052
8.	Nordrhein-Westfalen	293.850	8.918	0,0030
9.	Schleswig-Holstein	39.577	960	0,0024
10.	Saarland	16.765	306	0,0018
11.	Bayern	206.900	3.461	0,0017
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Thüringen			

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)
1990
1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.652.363	4.644	2,81
2.	Bremen	681.665	1.509	2,21
3.	Berlin	3.433.695	6.451	1,88
4.	Baden-Württemberg	9.822.027	17.941	1,83
5.	Hessen	5.763.310	5.169	0,90
6.	Rheinland-Pfalz	3.763.510	3.091	0,82
7.	Niedersachsen	7.387.245	5.088	0,69
8.	Nordrhein-Westfalen	17.349.651	8.687	0,50
9.	Bayern	11.448.823	4.618	0,40
10.	Schleswig-Holstein	2.626.127	795	0,30
11.	Saarland	1.072.963	297	0,28
	Brandenburg	2.578.312		
	Mecklenburg-Vorpommern	1.923.959		
	Sachsen	4.764.301		
	Sachsen-Anhalt	2.873.957		
	Thüringen	2.611.319		

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % zum Haushalt
1.	Baden-Württemberg	23.178	17.941	0,0774
2.	Hamburg	8.215	4.644	0,0565
3.	Berlin/West	13.990	6.451	0,0461
4.	Bremen	3.584	1.509	0,0421
5.	Hessen	13.362	5.169	0,0387
6.	Rheinland-Pfalz	8.548	3.091	0,0361
7.	Niedersachsen	16.531	5.088	0,0308
8.	Nordrhein-Westfalen	35.356	8.687	0,0246
9.	Bayern	23.752	4.618	0,0194
10.	Schleswig-Holstein	6.215	795	0,0128
11.	Saarland	2.844	297	0,0104
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Thüringen			

3. im Verhältnis zum BIP (nach altem Methodenkonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	Bundesland	BIP	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Berlin/West	46.548	6.451	0,0139
2.	Bremen	16.546	1.509	0,0091
3.	Hamburg	52.190	4.644	0,0089
4.	Baden-Württemberg	207.559	17.941	0,0086
5.	Rheinland-Pfalz	63.230	3.091	0,0049
6.	Niedersachsen	119.213	5.088	0,0043
7.	Hessen	130.555	5.169	0,0040
8.	Nordrhein-Westfalen	317.735	8.687	0,0027
9.	Bayern	226.005	4.618	0,0002
10.	Schleswig-Holstein	42.736	795	0,0019
11.	Saarland	18.076	297	0,0016
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Thüringen			

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.668.757	4.676	2,80
2.	Baden-Württemberg	10.001.840	21.884	2,19
3.	Bremen	683.684	1.490	2,18
4.	Berlin	3.446.031	5.259	1,53
5.	Rheinland-Pfalz	3.821.235	3.858	1,01
6.	Nordrhein-Westfalen	17.509.866	15.958	0,91
7.	Niedersachsen	7.475.790	5.572	0,75
8.	Hessen	5.837.330	3.794	0,65
9.	Bayern	11.595.970	6.401	0,55
10.	Schleswig-Holstein	2.648.532	997	0,38
11.	Saarland	1.076.879	330	0,31
12.	Sachsen-Anhalt	2.823.324	52	0,02
	Brandenburg	2.542.723		
	Mecklenburg-Vorpommern	1.891.657		
	Sachsen	4.678.877		
	Thüringen	2.572.069		

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	25.255	21.884	0,0867
2.	Hamburg	9.029	4.676	0,0518
3.	Nordrhein-Westfalen	37.282	15.958	0,0428
4.	Rheinland-Pfalz	9.150	3.858	0,0422
5.	Bremen	3.945	1.490	0,0378
6.	Niedersachsen	17.793	5.572	0,0313
7.	Hessen	13.721	3.794	0,0277
8.	Berlin	20.041	5.259	0,0262
9.	Bayern	25.450	6.401	0,0252
10.	Schleswig-Holstein	6.700	997	0,0149
11.	Saarland	3.026	330	0,0109
	Brandenburg			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt		52	
	Thüringen			

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Baden-Württemberg	227.132	21.884	0,0096
2.	Berlin	61.387	5.259	0,0086
3.	Hamburg	54.897	4.676	0,0085
4.	Bremen	17.875	1.490	0,0083
5.	Rheinland-Pfalz	71.555	3.858	0,0054
6.	Nordrhein-Westfalen	361.959	15.958	0,0044
7.	Niedersachsen	137.937	5.572	0,0040
8.	Hessen	139.416	3.794	0,0027
9.	Bayern	255.631	6.401	0,0025
10.	Schleswig-Holstein	49.475	997	0,0020
11.	Saarland	20.381	330	0,0016
12.	Sachsen-Anhalt	19.938	52	0,0003
	Sachsen	34.840		
	Brandenburg	19.088		
	Mecklenburg-Vorpommern	13.991		
	Thüringen	16.698		

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)
1992
1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohnerzahl	Leistungen in 1000€	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.688.785	5.191	3,07
2.	Baden-Württemberg	10.148.708	21.428	2,11
3.	Bremen	685.845	1.258	1,83
4.	Berlin	3.465.748	5.542	1,60
5.	Hessen	5.922.639	5.458	0,92
6.	Nordrhein-Westfalen	17.679.166	15.956	0,90
7.	Rheinland-Pfalz	3.880.965	3.188	0,82
8.	Niedersachsen	7.577.520	5.182	0,68
9.	Bayern	11.770.257	6.589	0,56
10.	Saarland	1.084.007	333	0,31
11.	Schleswig-Holstein	2.679.575	593	0,22
12.	Sachsen	4.640.997	103	0,02
	Brandenburg	2.542.651		
	Mecklenburg-Vorpommern	1.864.980		
	Sachsen-Anhalt	2.796.981		
	Thüringen	2.545.808		

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill.€	Leistungen in 1000€	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	26.015	21.428	0,0824
2.	Hamburg	9.809	5.191	0,0529
3.	Nordrhein-Westfalen	39.355	15.956	0,0405
4.	Hessen	14.974	5.458	0,0364
5.	Rheinland-Pfalz	9.725	3.188	0,0328
6.	Bremen	4.128	1.258	0,0305
7.	Niedersachsen	19.384	5.182	0,0267
8.	Berlin	21.776	5.542	0,0255
9.	Bayern	27.167	6.589	0,0243
10.	Saarland	3.190	333	0,0104
11.	Schleswig-Holstein	7.150	593	0,0083
12.	Sachsen	13.992	103	0,0007
	Brandenburg	8.499		
	Mecklenburg-Vorpommern	5.861		
	Sachsen-Anhalt	8.858		
	Thüringen	7.941		

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen in 1000€	in % des BIP
1.	Hamburg	57.587	5.191	0,0090
2.	Baden-Württemberg	239.321	21.428	0,0090
3.	Berlin	67.966	5.542	0,0082
4.	Bremen	18.643	1.258	0,0067
5.	Rheinland-Pfalz	74.747	3.188	0,0043
6.	Nordrhein-Westfalen	380.786	15.956	0,0042
7.	Hessen	148.134	5.458	0,0037
8.	Niedersachsen	146.044	5.182	0,0035
9.	Bayern	273.631	6.589	0,0024
10.	Saarland	21.096	333	0,0016
11.	Schleswig-Holstein	52.258	593	0,0011
12.	Sachsen	43.838	103	0,0002
	Brandenburg	23.977		
	Mecklenburg-Vorpommern	17.176		
	Sachsen-Anhalt	25.279		
	Thüringen	22.717		

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.702.887	5.604	3,29
2.	Baden-Württemberg	10.234.026	21.486	2,10
3.	Berlin	3.475.392	6.498	1,87
4.	Bremen	683.096	1.170	1,71
5.	Nordrhein-Westfalen	17.759.300	30.037	1,69
6.	Rheinland-Pfalz	3.925.863	3.012	0,77
7.	Niedersachsen	7.648.004	5.803	0,76
8.	Bayern	11.863.313	8.685	0,73
9.	Hessen	5.967.305	3.429	0,57
10.	Saarland	1.084.522	332	0,31
11.	Brandenburg	2.537.661	592	0,23
12.	Schleswig-Holstein	2.694.875	593	0,22
13.	Sachsen	4.607.660	627	0,14
14.	Thüringen	2.532.799	152	0,06
15.	Sachsen-Anhalt	2.777.935	139	0,05
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1.843.455	14	0,01

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	26.812	21.486	0,0801
2.	Nordrhein-Westfalen	41.996	30.037	0,0715
3.	Hamburg	9.740	5.604	0,0575
4.	Bayern	28.095	8.685	0,0309
5.	Rheinland-Pfalz	10.092	3.012	0,0298
6.	Niedersachsen	20.139	5.803	0,0288
7.	Berlin	23.433	6.498	0,0277
8.	Bremen	4.346	1.170	0,0269
9.	Hessen	15.926	3.429	0,0215
10.	Saarland	3.372	332	0,0098
11.	Schleswig-Holstein	7.390	593	0,0080
12.	Brandenburg	9.489	592	0,0062
13.	Sachsen	14.368	627	0,0044
14.	Thüringen	8.855	152	0,0017
15.	Sachsen-Anhalt	9.629	139	0,0014
16.	Mecklenburg-Vorpommern	6.610	14	0,0002

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Hamburg	59.577	5.604	0,0094
2.	Baden-Württemberg	235.584	21.486	0,0091
3.	Berlin	72.774	6.498	0,0089
4.	Nordrhein-Westfalen	381.115	30.037	0,0079
5.	Bremen	18.672	1.170	0,0063
6.	Rheinland-Pfalz	74.590	3.012	0,0040
7.	Niedersachsen	148.322	5.803	0,0039
8.	Bayern	276.827	8.685	0,0031
9.	Hessen	150.155	3.429	0,0023
10.	Brandenburg	29.369	592	0,0020
11.	Saarland	20.666	332	0,0016
12.	Sachsen	53.392	627	0,0012
13.	Schleswig-Holstein	53.149	593	0,0011
14.	Thüringen	28.105	152	0,0005
15.	Sachsen-Anhalt	31.126	139	0,0004
16.	Mecklenburg-Vorpommern	20.778	14	0,0001

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.705.872	5.568	3,26
2.	Bremen	680.029	1.410	2,07
3.	Baden-Württemberg	10.272.069	20.690	2,01
4.	Berlin	3.472.009	5.892	1,70
5.	Nordrhein-Westfalen	17.816.079	17.504	0,98
6.	Hessen	5.980.693	4.892	0,82
7.	Bayern	11.921.944	8.192	0,69
8.	Niedersachsen	7.715.363	4.543	0,59
9.	Rheinland-Pfalz	3.951.573	2.236	0,57
10.	Sachsen	4.584.345	2.219	0,48
11.	Schleswig-Holstein	2.708.392	1.099	0,41
12.	Brandenburg	2.536.747	652	0,26
13.	Saarland	1.084.201	141	0,13
14.	Thüringen	2.517.776	283	0,11
15.	Sachsen-Anhalt	2.759.213	225	0,08
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1.832.298	59	0,03

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	26.656	20.690	0,0776
2.	Hamburg	10.019	5.568	0,0556
3.	Nordrhein-Westfalen	42.061	17.504	0,0416
4.	Bremen	4.344	1.410	0,0325
5.	Hessen	15.959	4.892	0,0307
6.	Bayern	28.859	8.192	0,0284
7.	Berlin	24.063	5.892	0,0245
8.	Niedersachsen	20.371	4.543	0,0223
9.	Rheinland-Pfalz	10.282	2.236	0,0217
10.	Sachsen	14.674	2.219	0,0151
11.	Schleswig-Holstein	7.572	1.099	0,0145
12.	Brandenburg	9.792	652	0,0067
13.	Saarland	3.372	141	0,0042
14.	Thüringen	9.201	283	0,0031
15.	Sachsen-Anhalt	10.068	225	0,0022
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7.023	59	0,0008

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Hamburg	61.499	5.568	0,0091
2.	Baden-Württemberg	244.730	20.690	0,0085
3.	Berlin	75.036	5.892	0,0079
4.	Bremen	19.421	1.410	0,0073
5.	Nordrhein-Westfalen	393.369	17.504	0,0044
6.	Sachsen	61.917	2.219	0,0036
7.	Hessen	154.628	4.892	0,0032
8.	Niedersachsen	154.899	4.543	0,0029
	Rheinland-Pfalz	78.047	2.236	0,0029
10.	Bayern	289.192	8.192	0,0028
11.	Schleswig-Holstein	55.003	1.099	0,0020
12.	Brandenburg	33.902	652	0,0019
13.	Thüringen	32.665	283	0,0009
14.	Saarland	21.689	141	0,0007
15.	Sachsen-Anhalt	35.370	225	0,0006
16.	Mecklenburg-Vorpommern	24.133	59	0,0002

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.707.901	5.363	3,14
2.	Bremen	679.757	2.101	3,09
3.	Berlin	3.471.418	7.949	2,29
4.	Baden-Württemberg	10.319.367	20.433	1,98
5.	Nordrhein-Westfalen	17.893.045	17.213	0,96
6.	Rheinland-Pfalz	3.977.919	3.653	0,92
7.	Hessen	6.009.913	3.606	0,60
8.	Bayern	11.993.484	6.369	0,53
9.	Schleswig-Holstein	2.725.461	987	0,36
10.	Sachsen	4.566.603	1.572	0,34
11.	Niedersachsen	7.780.422	2.226	0,29
12.	Saarland	1.084.370	222	0,20
13.	Sachsen-Anhalt	2.738.928	319	0,12
14.	Mecklenburg-Vorpommern	1.823.084	200	0,11
15.	Thüringen	2.503.785	181	0,07
16.	Brandenburg	2.542.042	136	0,05

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	28.650	20.433	0,0713
2.	Hamburg	10.095	5.363	0,0531
3.	Bremen	4.475	2.101	0,0469
4.	Nordrhein-Westfalen	43.987	17.213	0,0391
5.	Rheinland-Pfalz	10.676	3.653	0,0342
6.	Berlin	25.034	7.949	0,0318
7.	Hessen	16.295	3.606	0,0221
8.	Bayern	30.868	6.369	0,0206
9.	Schleswig-Holstein	7.878	987	0,0125
10.	Niedersachsen	20.618	2.226	0,0108
11.	Sachsen	16.096	1.572	0,0098
12.	Saarland	3.367	222	0,0066
13.	Sachsen-Anhalt	10.916	319	0,0029
14.	Mecklenburg-Vorpommern	7.377	200	0,0027
15.	Thüringen	9.368	181	0,0019
16.	Brandenburg	9.872	136	0,0014

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Bremen	19.738	2.101	0,0106
2.	Berlin	77.393	7.949	0,0103
3.	Hamburg	63.456	5.363	0,0085
4.	Baden-Württemberg	254.249	20.433	0,0080
5.	Rheinland-Pfalz	80.998	3.653	0,0045
6.	Nordrhein-Westfalen	408.728	17.213	0,0042
7.	Sachsen	66.975	1.572	0,0023
8.	Hessen	160.292	3.606	0,0022
9.	Bayern	297.984	6.369	0,0021
10.	Schleswig-Holstein	57.251	987	0,0017
11.	Niedersachsen	157.676	2.226	0,0014
12.	Saarland	22.714	222	0,0010
13.	Sachsen-Anhalt	37.157	319	0,0009
14.	Mecklenburg-Vorpommern	26.077	200	0,0008
15.	Thüringen	33.979	181	0,0005
16.	Brandenburg	36.633	136	0,0004

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)
1996
1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.707.986	4.954	2,90
2.	Bremen	677.770	1.852	2,73
3.	Berlin	3.458.763	6.456	1,87
4.	Baden-Württemberg	10.374.505	17.856	1,72
5.	Nordrhein-Westfalen	17.947.715	17.544	0,98
6.	Bayern	12.043.869	10.890	0,90
7.	Rheinland-Pfalz	4.000.567	2.855	0,71
8.	Hessen	6.027.284	3.516	0,58
9.	Schleswig-Holstein	2.742.293	1.173	0,43
10.	Sachsen	4.545.702	1.427	0,31
11.	Niedersachsen	7.815.148	2.058	0,26
12.	Brandenburg	2.554.441	495	0,19
	Saarland	1.084.184	205	0,19
14.	Thüringen	2.491.119	331	0,13
15.	Mecklenburg-Vorpommern	1.817.196	169	0,09
16.	Sachsen-Anhalt	2.723.620	215	0,08

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	29.306	17.856	0,0609
2.	Hamburg	10.581	4.954	0,0468
3.	Bremen	4.532	1.852	0,0409
4.	Nordrhein-Westfalen	45.408	17.544	0,0386
5.	Bayern	32.428	10.890	0,0336
6.	Berlin	24.667	6.456	0,0262
7.	Rheinland-Pfalz	11.325	2.855	0,0252
8.	Hessen	17.417	3.516	0,0202
9.	Schleswig-Holstein	7.915	1.173	0,0148
10.	Niedersachsen	20.719	2.058	0,0099
11.	Sachsen	16.645	1.427	0,0086
12.	Saarland	3.469	205	0,0059
13.	Brandenburg	9.994	495	0,0050
14.	Thüringen	9.950	331	0,0033
15.	Mecklenburg-Vorpommern	8.207	169	0,0021
16.	Sachsen-Anhalt	10.787	215	0,0020

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Bremen	19.757	1.852	0,0094
2.	Berlin	76.232	6.456	0,0085
3.	Hamburg	64.754	4.954	0,0077
4.	Baden-Württemberg	260.546	17.856	0,0069
5.	Nordrhein-Westfalen	411.366	17.544	0,0043
6.	Bayern	305.227	10.890	0,0036
7.	Rheinland-Pfalz	81.737	2.855	0,0035
8.	Hessen	164.444	3.516	0,0021
	Sachsen	69.609	1.427	0,0021
10.	Schleswig-Holstein	58.535	1.173	0,0020
11.	Niedersachsen	159.587	2.058	0,0013
	Brandenburg	38.419	495	0,0013
13.	Thüringen	35.382	331	0,0009
14.	Saarland	22.246	205	0,0009
15.	Mecklenburg-Vorpommern	27.101	169	0,0006
	Sachsen-Anhalt	38.757	215	0,0006

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.704.731	4.820	2,83
2.	Berlin	3.425.759	9.070	2,65
3.	Bremen	673.883	1.385	2,06
4.	Baden-Württemberg	10.396.610	20.120	1,94
5.	Nordrhein-Westfalen	17.974.487	14.753	0,82
6.	Bayern	12.066.375	9.005	0,75
7.	Rheinland-Pfalz	4.017.828	1.983	0,49
8.	Schleswig-Holstein	2.756.473	1.225	0,44
9.	Hessen	6.031.705	2.594	0,43
10.	Niedersachsen	7.845.398	1.954	0,25
11.	Saarland	1.080.790	199	0,18
12.	Thüringen	2.478.148	395	0,16
13.	Brandenburg	2.573.291	351	0,14
14.	Sachsen	4.522.412	458	0,10
15.	Sachsen-Anhalt	2.701.690	255	0,09
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1.807.799	139	0,08

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	28.440	20.120	0,0707
2.	Hamburg	10.575	4.820	0,0456
3.	Berlin	23.782	9.070	0,0381
4.	Nordrhein-Westfalen	46.701	14.753	0,0316
5.	Bremen	4.567	1.385	0,0303
6.	Bayern	32.018	9.005	0,0281
7.	Rheinland-Pfalz	11.194	1.983	0,0177
8.	Schleswig-Holstein	7.832	1.225	0,0156
9.	Hessen	17.346	2.594	0,0150
10.	Niedersachsen	20.682	1.954	0,0094
11.	Saarland	3.406	199	0,0058
12.	Thüringen	9.945	395	0,0040
13.	Brandenburg	10.359	351	0,0034
14.	Sachsen	16.206	458	0,0028
15.	Sachsen-Anhalt	11.397	255	0,0022
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7.570	139	0,0018

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Berlin	75.066	9.070	0,0121
2.	Baden-Württemberg	265.754	20.120	0,0076
3.	Hamburg	66.735	4.820	0,0072
4.	Bremen	20.404	1.385	0,0068
5.	Nordrhein-Westfalen	420.783	14.753	0,0035
6.	Bayern	312.335	9.005	0,0029
7.	Rheinland-Pfalz	83.493	1.983	0,0024
8.	Schleswig-Holstein	59.640	1.225	0,0021
9.	Hessen	167.826	2.594	0,0015
10.	Niedersachsen	162.788	1.954	0,0012
11.	Thüringen	36.815	395	0,0011
12.	Brandenburg	39.483	351	0,0009
13.	Saarland	22.744	199	0,0009
14.	Sachsen	70.069	458	0,0007
15.	Sachsen-Anhalt	40.036	255	0,0006
16.	Mecklenburg-Vorpommern	27.628	139	0,0005

1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000€	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.700.089	4.715	2,77
2.	Berlin	3.398.822	7.736	2,28
3.	Bremen	667.965	1.143	1,71
4.	Baden-Württemberg	10.426.040	16.092	1,54
5.	Nordrhein-Westfalen	17.975.516	19.886	1,11
6.	Rheinland-Pfalz	4.024.969	2.274	0,56
7.	Bayern	12.086.548	5.332	0,44
8.	Schleswig-Holstein	2.766.057	1.185	0,43
9.	Niedersachsen	7.865.840	2.706	0,34
	Hessen	6.035.137	2.066	0,34
11.	Brandenburg	2.590.375	530	0,20
12.	Thüringen	2.462.836	352	0,14
13.	Saarland	1.074.223	103	0,10
14.	Sachsen	4.489.415	388	0,09
	Sachsen-Anhalt	2.674.490	229	0,09
16.	Mecklenburg-Vorpommern	1.798.689	103	0,06

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000€	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	28.718	16.092	0,0560
2.	Hamburg	9.361	4.715	0,0504
3.	Nordrhein-Westfalen	45.030	19.886	0,0442
4.	Berlin	21.364	7.736	0,0362
5.	Bremen	4.168	1.143	0,0274
6.	Rheinland-Pfalz	10.967	2.274	0,0207
7.	Bayern	31.149	5.332	0,0171
8.	Schleswig-Holstein	7.412	1.185	0,0160
9.	Niedersachsen	20.215	2.706	0,0134
10.	Hessen	16.825	2.066	0,0123
11.	Brandenburg	10.600	530	0,0050
12.	Thüringen	9.680	352	0,0036
13.	Saarland	3.204	103	0,0032
14.	Sachsen	15.376	388	0,0025
15.	Sachsen-Anhalt	10.531	229	0,0022
16.	Mecklenburg-Vorpommern	7.330	103	0,0014

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill.€	Leistungen	
			in 1000€	in % des BIP
1.	Berlin	75.450	7.736	0,0103
2.	Hamburg	68.658	4.715	0,0069
3.	Baden-Württemberg	276.821	16.092	0,0058
4.	Bremen	21.029	1.143	0,0054
5.	Nordrhein-Westfalen	432.506	19.886	0,0046
6.	Rheinland-Pfalz	85.132	2.274	0,0027
7.	Schleswig-Holstein	60.655	1.185	0,0020
8.	Bayern	326.926	5.332	0,0016
	Niedersachsen	169.194	2.706	0,0016
10.	Brandenburg	40.500	530	0,0013
11.	Hessen	172.085	2.066	0,0012
12.	Thüringen	37.721	352	0,0009
13.	Sachsen-Anhalt	40.702	229	0,0006
14.	Sachsen	70.928	388	0,0005
15.	Saarland	23.232	103	0,0004
	Mecklenburg-Vorpommern	27.861	103	0,0004

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)
1999
1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.704.735	5.076	2,98
2.	Berlin	3.386.667	8.173	2,41
3.	Bremen	663.065	1.195	1,80
4.	Baden-Württemberg	10.475.932	10.398	0,99
5.	Nordrhein-Westfalen	17.999.800	14.662	0,81
6.	Bayern	12.154.967	8.795	0,72
7.	Rheinland-Pfalz	4.030.773	1.776	0,44
8.	Hessen	6.051.966	2.472	0,41
9.	Schleswig-Holstein	2.777.275	1.052	0,38
10.	Niedersachsen	7.898.760	2.706	0,34
11.	Sachsen	4.459.686	1.395	0,31
12.	Brandenburg	2.601.207	601	0,23
13.	Thüringen	2.449.082	245	0,10
14.	Mecklenburg-Vorpommern	1.789.322	136	0,08
15.	Sachsen-Anhalt	2.648.737	197	0,07
	Saarland	1.071.501	75	0,07

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Hamburg	9.490	5.076	0,0535
2.	Berlin	21.305	8.173	0,0384
3.	Baden-Württemberg	28.608	10.398	0,0363
4.	Nordrhein-Westfalen	45.573	14.662	0,0322
5.	Bremen	4.230	1.195	0,0283
6.	Bayern	31.742	8.795	0,0277
7.	Rheinland-Pfalz	11.098	1.776	0,0160
8.	Schleswig-Holstein	7.445	1.052	0,0141
9.	Hessen	17.930	2.472	0,0138
10.	Niedersachsen	20.347	2.706 ¹⁾	0,0133
11.	Sachsen	15.549	1.395	0,0090
12.	Brandenburg	10.361	601	0,0058
13.	Thüringen	9.793	245	0,0025
14.	Saarland	3.211	75	0,0023
15.	Sachsen-Anhalt	10.378	197	0,0019
	Mecklenburg-Vorpommern	7.237	136	0,0019

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Berlin	75.401	8.173	0,0108
2.	Hamburg	69.561	5.076	0,0073
3.	Bremen	21.231	1.195	0,0056
4.	Baden-Württemberg	286.307	10.398	0,0036
5.	Nordrhein-Westfalen	440.619	14.662	0,0033
6.	Bayern	337.628	8.795	0,0026
7.	Rheinland-Pfalz	87.713	1.776	0,0020
8.	Sachsen	72.639	1.395	0,0019
9.	Schleswig-Holstein	62.080	1.052	0,0017
10.	Niedersachsen	172.551	2.706 ¹⁾	0,0016
11.	Brandenburg	41.969	601	0,0014
	Hessen	178.034	2.472	0,0014
13.	Thüringen	38.911	245	0,0006
14.	Sachsen-Anhalt	41.434	197	0,0005
	Mecklenburg-Vorpommern	28.851	136	0,0005
16.	Saarland	23.671	75	0,0003

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)
2000
1. pro Einwohner

	Bundesland	Einwohner	Leistungen	
			in 1000€	pro Einwohner
1.	Hamburg	1.715.392	5.167	3,01
2.	Bremen	660.225	1.338	2,03
3.	Berlin	3.382.169	5.826	1,72
4.	Baden-Württemberg	10.524.415	16.280	1,55
5.	Nordrhein-Westfalen	18.009.865	16.852	0,94
6.	Bayern	12.230.255	5.686	0,46
	Rheinland-Pfalz	4.034.557	1.853	0,46
8.	Hessen	6.068.129	2.310	0,38
9.	Schleswig-Holstein	2.789.761	1.006	0,36
10.	Mecklenburg-Vorpommern	1.775.703	450	0,25
11.	Brandenburg	2.601.962	459	0,18
12.	Sachsen	4.425.581	458	0,10
	Sachsen-Anhalt	2.615.375	260	0,10
	Niedersachsen	7.926.193	783	0,10
15.	Saarland	1.068.703	75	0,07
16.	Thüringen	2.431.255	71	0,03

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Bundesland	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Baden-Württemberg	30.255	16.280	0,0538
2.	Hamburg	9.729	5.167	0,0531
3.	Nordrhein-Westfalen	46.175	16.852	0,0365
4.	Bremen	4.585	1.338	0,0292
5.	Berlin	21.179	5.826	0,0275
6.	Bayern	32.533	5.686	0,0175
7.	Rheinland-Pfalz	11.236	1.853	0,0165
8.	Schleswig-Holstein	7.545	1.006	0,0133
9.	Hessen	18.361	2.310	0,0126
10.	Mecklenburg-Vorpommern	7.118	450	0,0063
11.	Brandenburg	10.113	459	0,0045
12.	Niedersachsen	20.951	783	0,0037
13.	Sachsen	16.123	458	0,0028
14.	Sachsen-Anhalt	10.537	260	0,0025
15.	Saarland	3.278	75	0,0023
16.	Thüringen	9.687	71	0,0007

3. im Verhältnis zum BIP

	Bundesland	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000€	in % des BIP
1.	Berlin	75.894	5.826	0,0077
2.	Hamburg	72.130	5.167	0,0072
3.	Bremen	21.982	1.338	0,0061
4.	Baden-Württemberg	296.211	16.280	0,0055
5.	Nordrhein-Westfalen	443.915	16.852	0,0038
6.	Rheinland-Pfalz	89.810	1.853	0,0021
7.	Bayern	354.063	5.686	0,0016
	Schleswig-Holstein	63.652	1.006	0,0016
	Mecklenburg-Vorpommern	28.957	450	0,0016
10.	Hessen	184.433	2.310	0,0013
11.	Brandenburg	43.155	459	0,0011
12.	Sachsen	72.559	458	0,0006
	Sachsen-Anhalt	41.975	260	0,0006
14.	Niedersachsen	177.469	783	0,0004
15.	Saarland	24.369	75	0,0003
16.	Thüringen	39.427	71	0,0002

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner
1.	Bremen	660000	1.810	2,74
2.	Hamburg	1.726.000	4.344	2,52
3.	Nordrhein- Westfalen	18.052.000	22.374	1,24
4.	Berlin	3.388.000	4.054	1,20
5.	Baden- Württemberg	10.601.000	9.994	0,94
6.	Bayern	12.330.000	7.887	0,64
7.	Rheinland- Pfalz	4.049.000	2.541	0,63
8.	Schleswig- Holstein	2.804.000	1.728	0,62
9.	Hessen	6.078.000	1.919	0,32
10.	Mecklenburg- Vorpommern	1.760.000	447	0,25
11.	Niedersachsen	7.956.000	1.690	0,21
12.	Sachsen	4.384.000	734	0,17
13.	Brandenburg	2.593.000	346	0,13
	Saarland	1.066.000	141	0,13
15.	Sachsen- Anhalt	2.581.000	271	0,10
16.	Thüringen	2.411.000	186	0,08

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Länder	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Nordrhein- Westfalen	47.421	22.374	0,0472
2.	Hamburg	9.568	4.344	0,0454
3.	Bremen	4.189	1.810	0,0432
4.	Baden- Württemberg	31.558	9.994	0,0317
5.	Bayern	33.227	7.887	0,0237
6.	Schleswig- Holstein	7.730	1.728	0,0224
7.	Rheinland- Pfalz	11.440	2.541	0,0222
8.	Berlin	22.576	4.054	0,0180
9.	Hessen	18.543	1.919	0,0103
10.	Niedersachsen	22.101	1.690	0,0076
11.	Mecklenburg- Vorpommern	7.058	447	0,0063
12.	Sachsen	15.474	734	0,0047
13.	Saarland	3.188	141	0,0044
14.	Brandenburg	9.916	346	0,0035
15.	Sachsen- Anhalt	10.290	271	0,0026
16.	Thüringen	9.616	186	0,0019

3. im Verhältnis zum BIP

	Länder	BIP in 1000 €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Bremen	223.900	1.810	0,0080
2.	Hamburg	735.400	4.344	0,0059
3.	Berlin	757.300	4.054	0,0054
4.	Nordrhein- Westfalen	4.595.700	22.374	0,0049
5.	Baden- Württemberg	3.025.400	9.994	0,0033
6.	Rheinland- Pfalz	917.900	2.541	0,0028
7.	Schleswig- Holstein	629.700	1.728	0,0027
8.	Bayern	3.573.300	7.887	0,0022
9.	Mecklenburg- Vorpommern	289.300	447	0,0015
10.	Hessen	1.854.300	1.919	0,0010
	Sachsen	743.300	734	0,0010
12.	Niedersachsen	1.793.700	1.690	0,0009
13.	Brandenburg	423.300	346	0,0008
14.	Sachsen- Anhalt	423.000	271	0,0006
	Saarland	245.400	141	0,0006
16.	Thüringen	399.000	186	0,0005

1. pro Einwohner

	Länder	Einwohner	Leistungen	
			in 1000 €	pro Einwohner in €
1.	Hamburg	1.728.419	5.132	2,97
2.	Bremen	661.616	1.621	2,45
3.	Nordrhein- Westfalen	18.073.355	21.308	1,18
4.	Berlin	3.391.878	3.960	1,17
5.	Baden- Württemberg	10.652.280	7.854	0,74
6.	Rheinland- Pfalz	4.054.297	2.395	0,59
7.	Schleswig-Holstein	2.813.706	1.349	0,48
8.	Hessen	6.090.489	2.511	0,41
9.	Bayern	12.376.576	4.159	0,34
10.	Mecklenburg-Vorpommern	1.747.806	535	0,31
11.	Niedersachsen	7.978.610	1.389	0,17
12.	Saarland	1.065.103	143	0,13
13.	Sachsen	4.355.897	352	0,08
	Brandenburg	2.583.457	195	0,08
14.	Thüringen	2.396.655	146	0,06
15.	Sachsen-Anhalt	2.556.151	184	0,07

2. im Verhältnis zum Gesamthaushalt

	Länder	Gesamthaushalt in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des Haushalts
1.	Hamburg	8.786	5.132	0,0584
2.	Nordrhein-Westfalen	47.734	21.308	0,0446
3.	Bremen	4.215	1.621	0,0385
4.	Baden- Württemberg	30.779	7.854	0,0255
5.	Rheinland-Pfalz	11.413	2.395	0,0210
6.	Berlin	21.047	3.960	0,0188
7.	Schleswig-Holstein	7.805	1.349	0,0173
8.	Hessen	18.157	2.511	0,0138
9.	Bayern	34.483	4.159	0,0121
10.	Mecklenburg-Vorpommern	7.272	535	0,0074
11.	Niedersachsen	22.191	1.389	0,0063
12.	Saarland	3.282	143	0,0044
13.	Sachsen	15.921	352	0,0022
14.	Brandenburg	10.163	195	0,0019
15.	Sachsen-Anhalt	10.276	184	0,0018
16.	Thüringen	9.253	146	0,0016

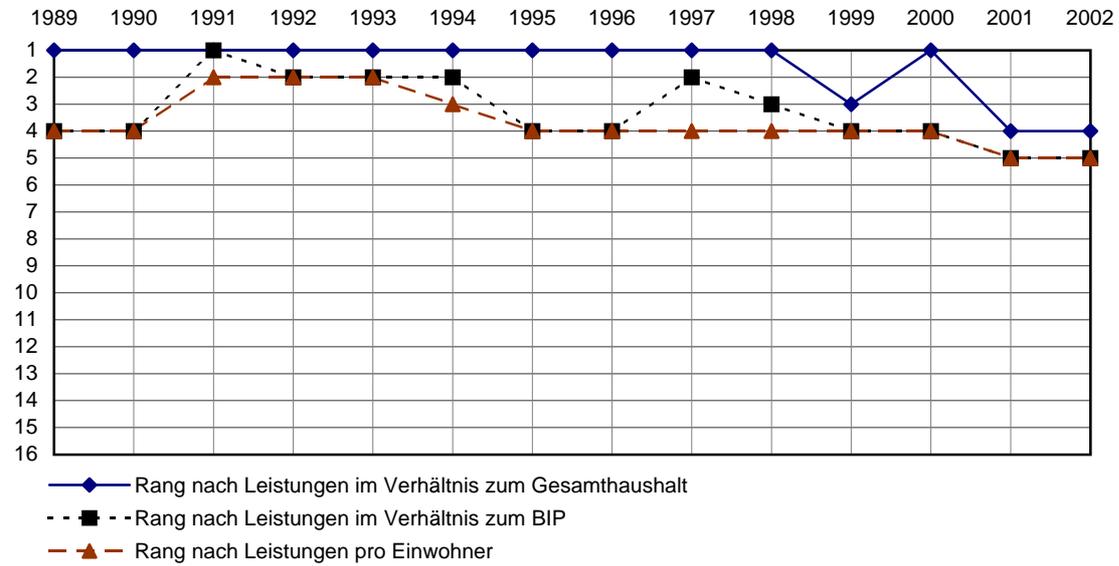
3. im Verhältnis zum BIP

	Länder	BIP in Mill. €	Leistungen	
			in 1000 €	in % des BIP
1.	Bremen	22.962	1.621	0,0071
2.	Hamburg	75.178	5.132	0,0068
3.	Berlin	77.131	3.960	0,0051
4.	Nordrhein- Westfalen	463.963	21.308	0,0046
5.	Rheinland-Pfalz	93.300	2.395	0,0026
	Baden-Württemberg	307.443	7.854	0,0026
6.	Schleswig-Holstein	65.637	1.349	0,0021
7.	Mecklenburg-Vorpommern	29.611	535	0,0018
8.	Hessen	191.610	2.511	0,0013
9.	Bayern	368.917	4.159	0,0011
10.	Niedersachsen	183.124	1.389	0,0008
11.	Saarland	25.432	143	0,0006
12.	Sachsen	75.793	352	0,0005
13.	Brandenburg	44.117	195	0,0004
	Thüringen	40.667	146	0,0004
	Sachsen-Anhalt	43.314	184	0,0004

Anhang IV
Grafiken mit Leistungen über die Jahre pro Land

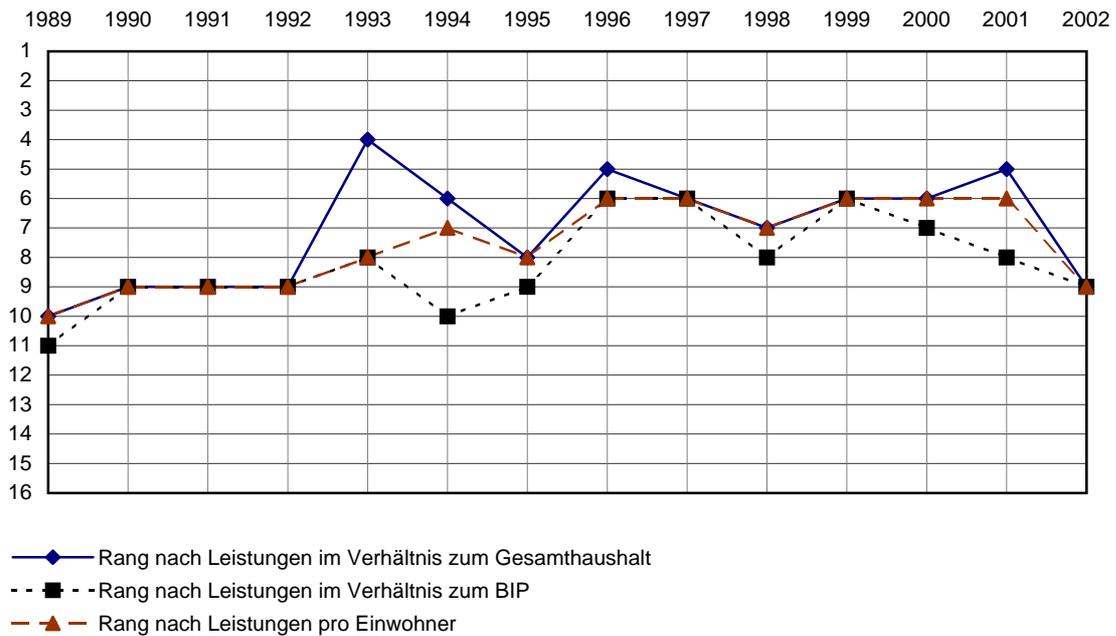
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

BADEN- WÜRTTEMBERG



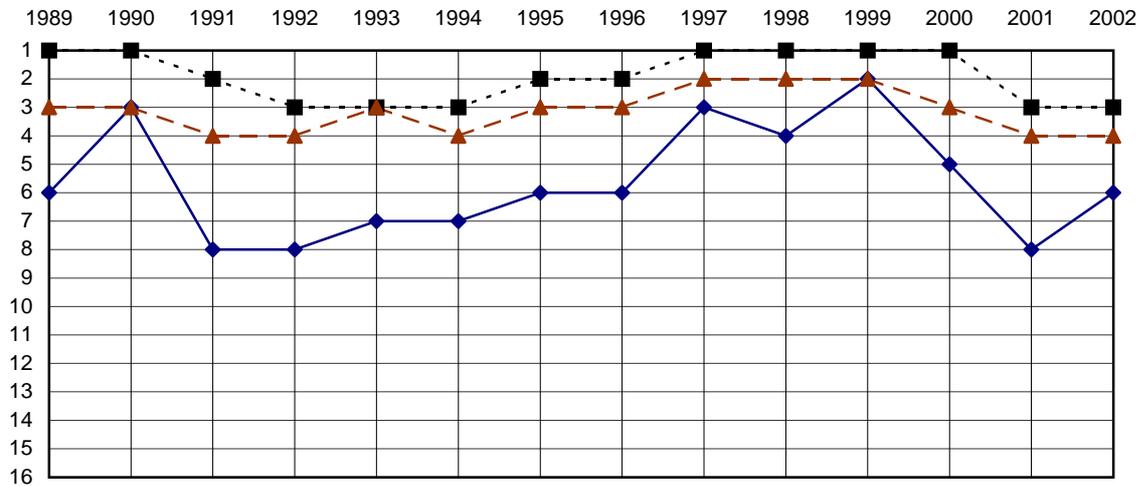
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

BAYERN



Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

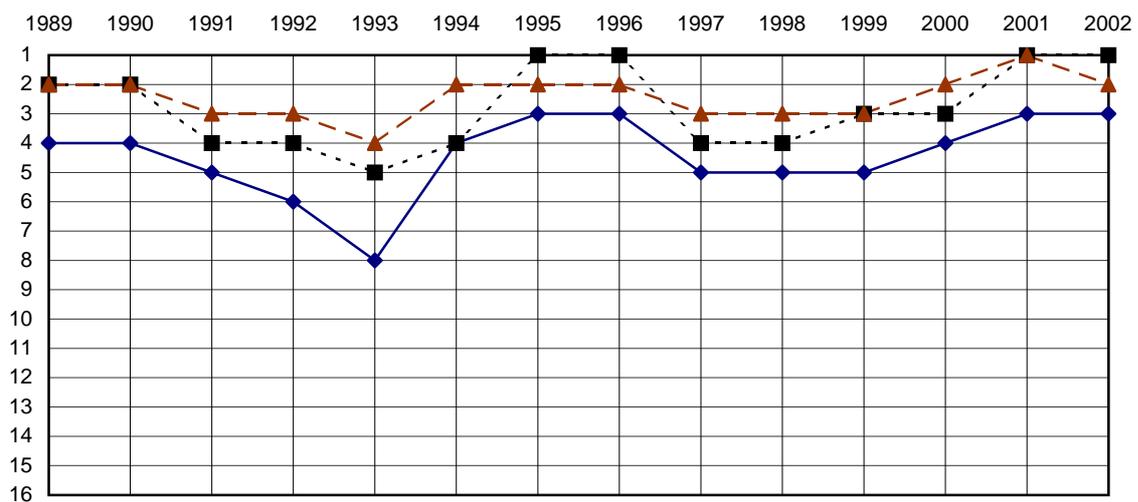
BERLIN



- ◆— Rang nach Leistungen im Verhältnis zum Gesamthaushalt
- -■- - Rang nach Leistungen im Verhältnis zum BIP
- -▲- - Rang nach Leistungen pro Einwohner

Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten) -
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

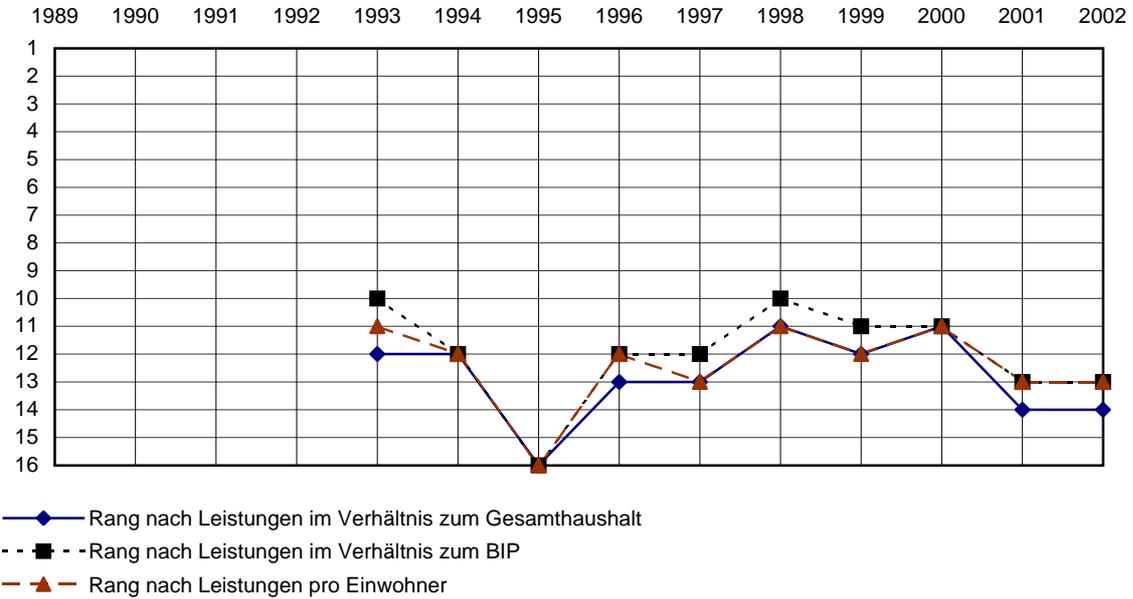
BREMEN



- ◆— Rang nach Leistungen im Verhältnis zum Gesamthaushalt
- -■- - Rang nach Leistungen im Verhältnis zum BIP
- -▲- - Rang nach Leistungen pro Einwohner

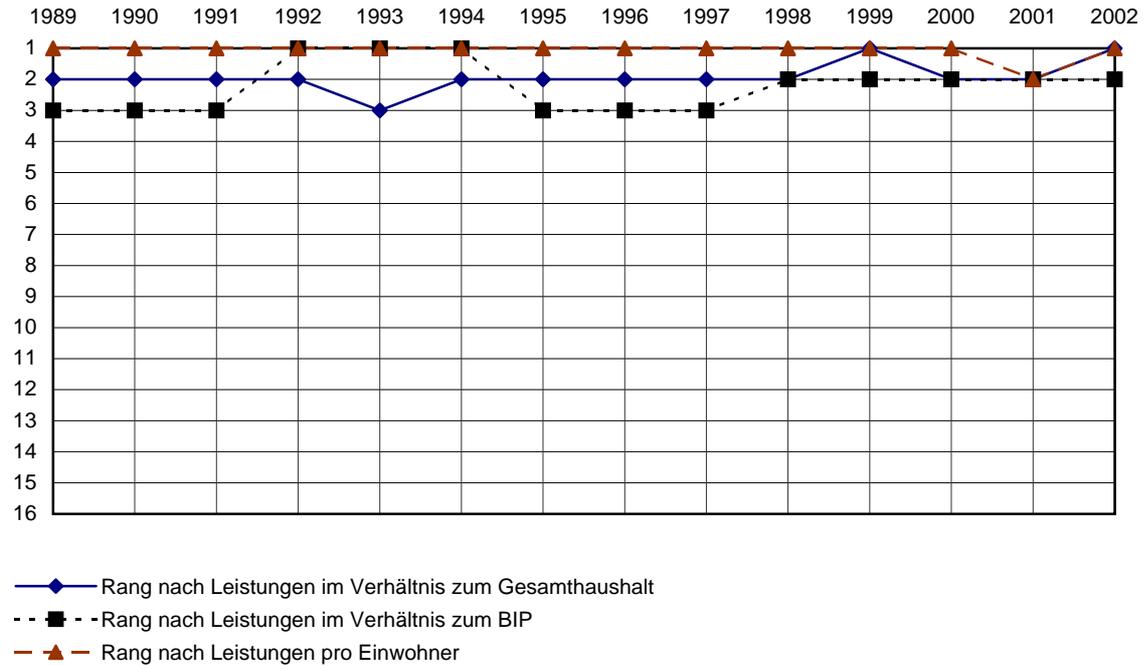
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

BRANDENBURG



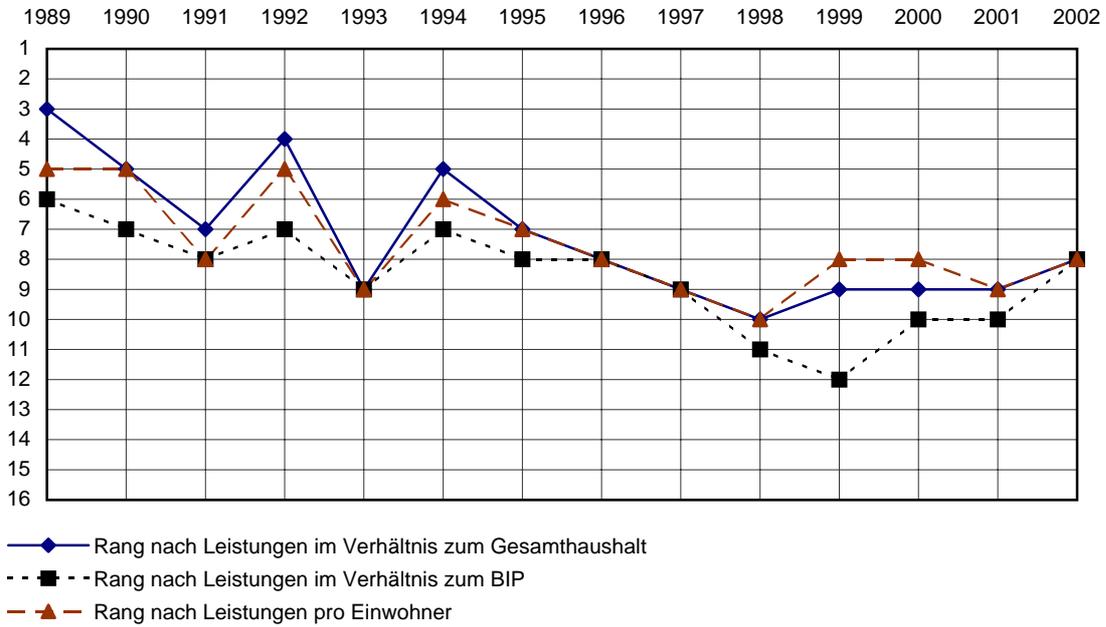
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

HAMBURG



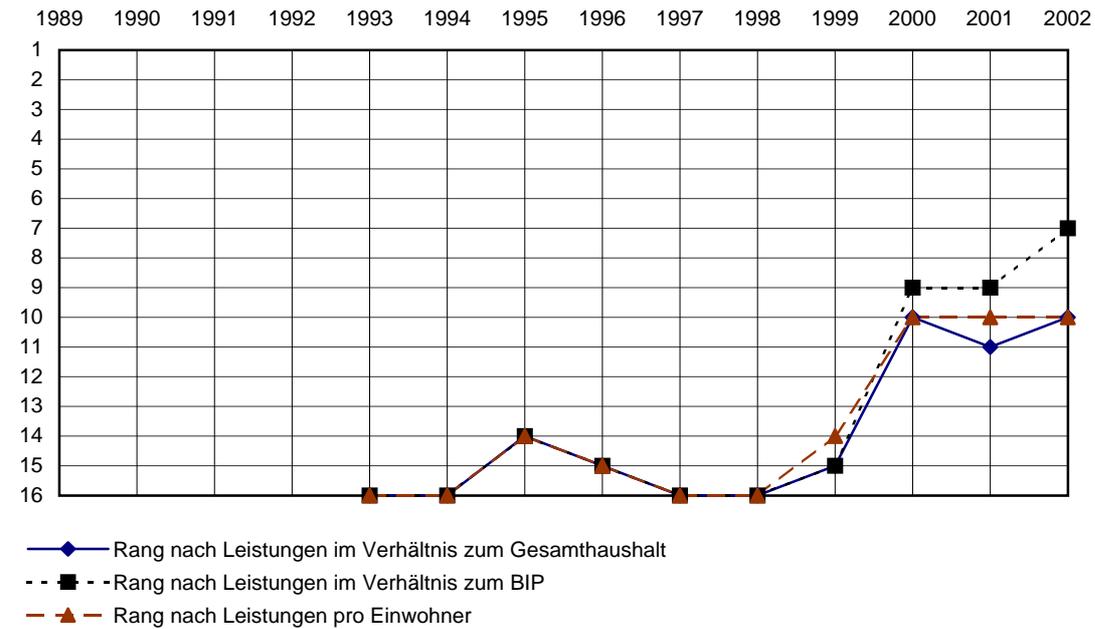
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

HESSEN



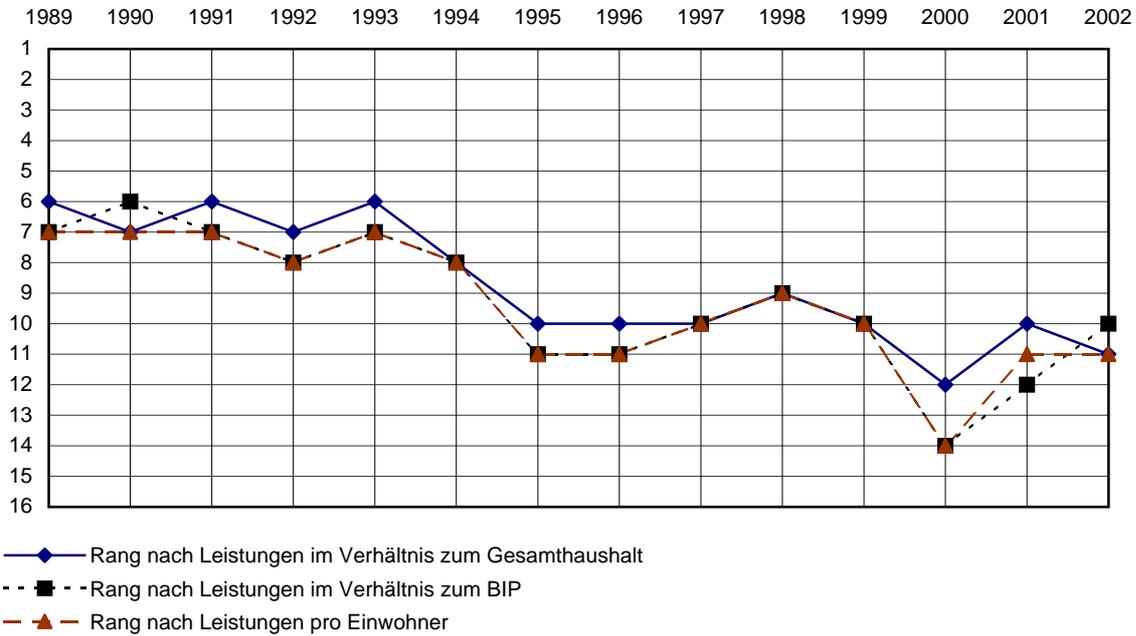
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

MECKLENBURG- VORPOMMERN



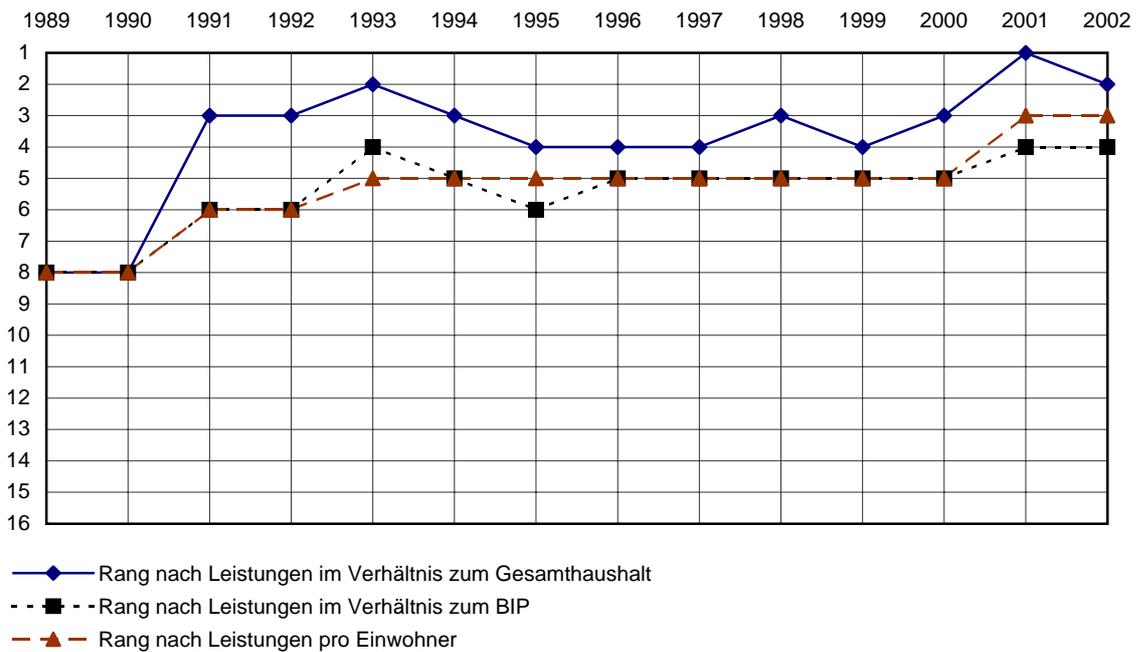
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

NIEDERSACHSEN



Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

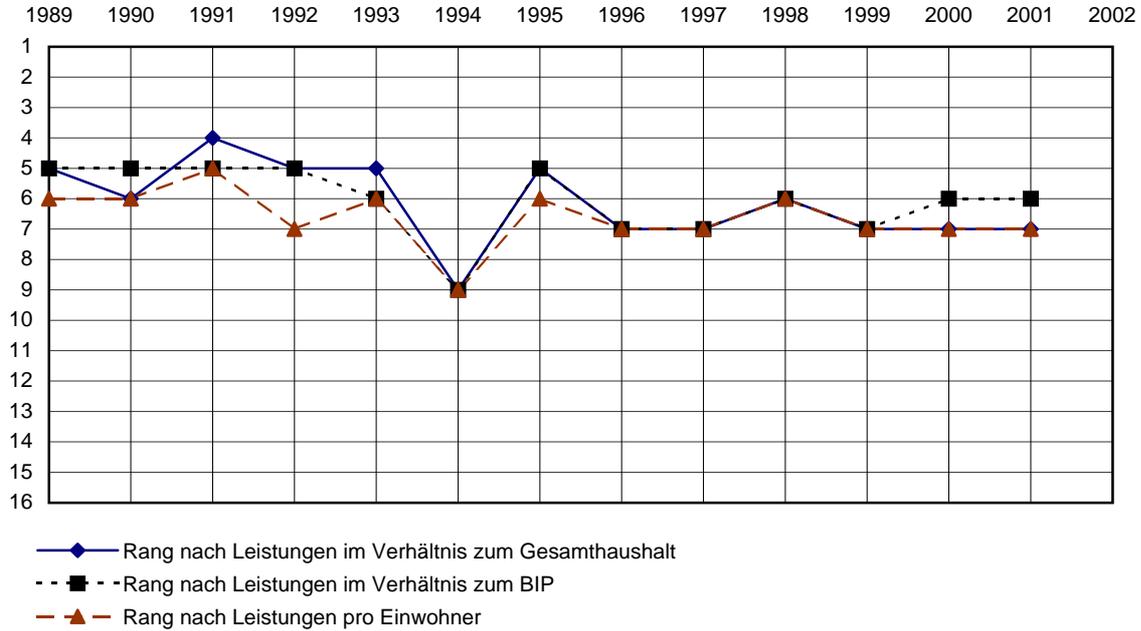
NORDRHEIN- WESTFALEN



Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-

Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

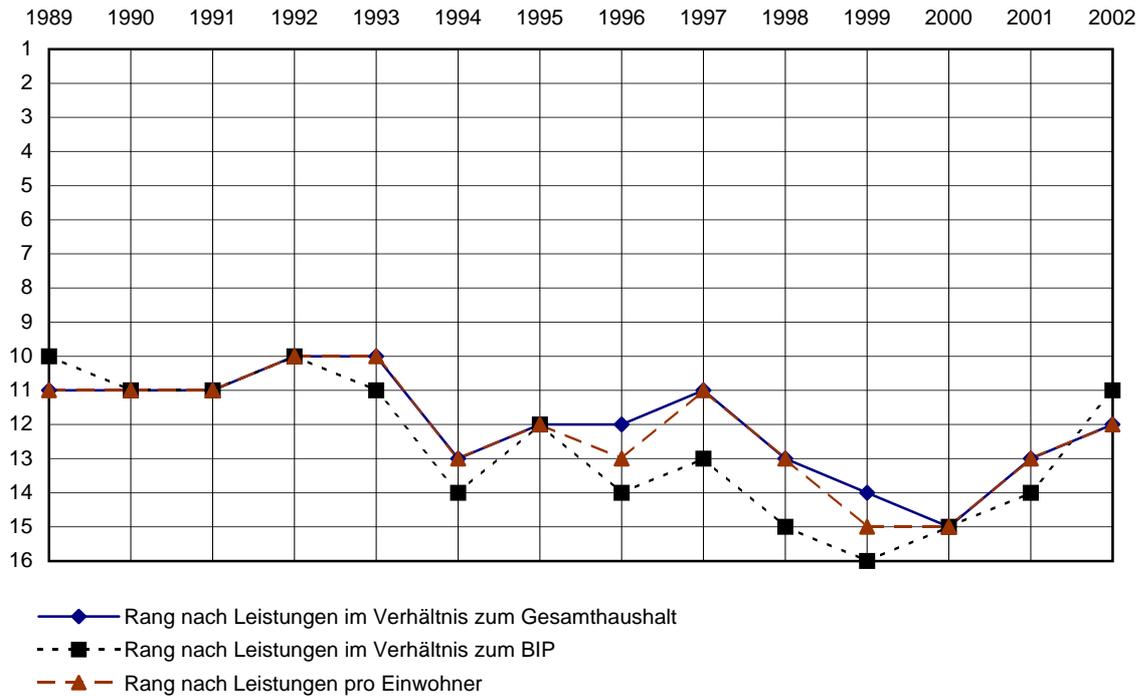
RHEINLAND- PFALZ



Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-

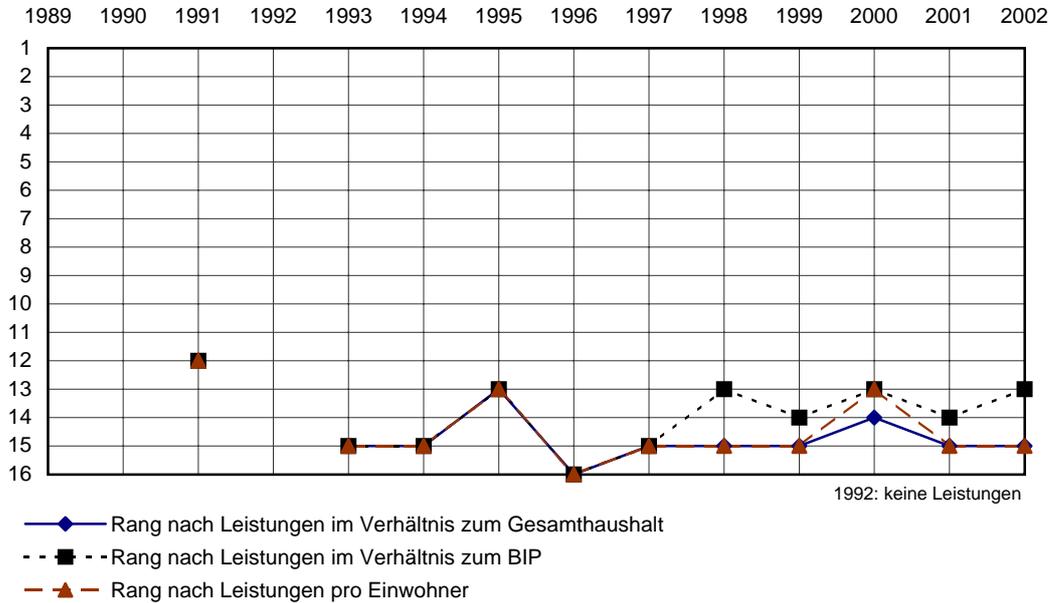
Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

SAARLAND



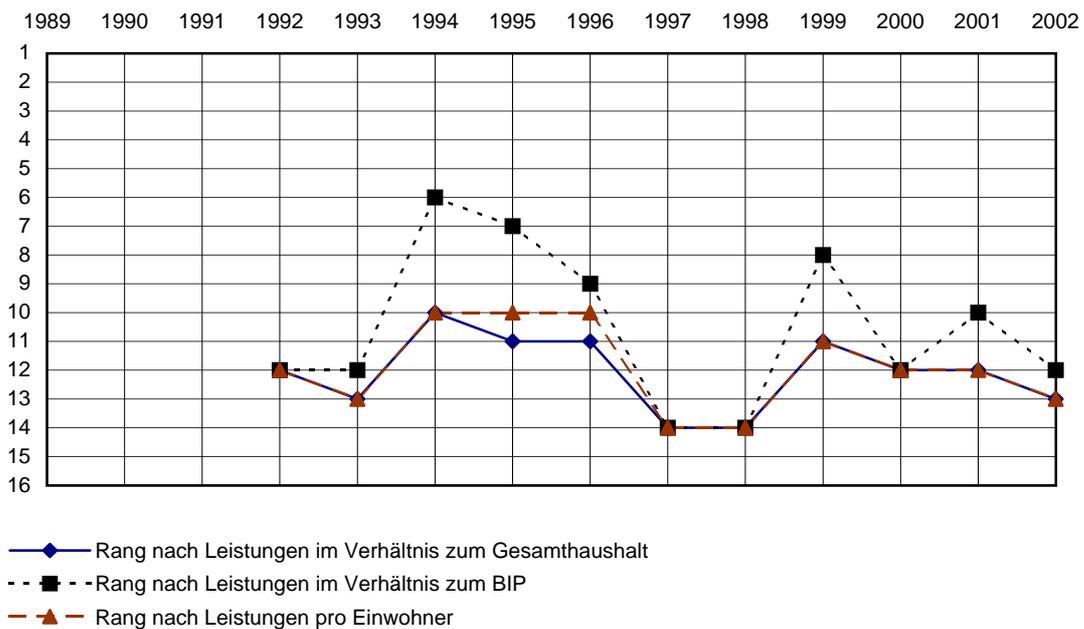
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

SACHSEN- ANHALT



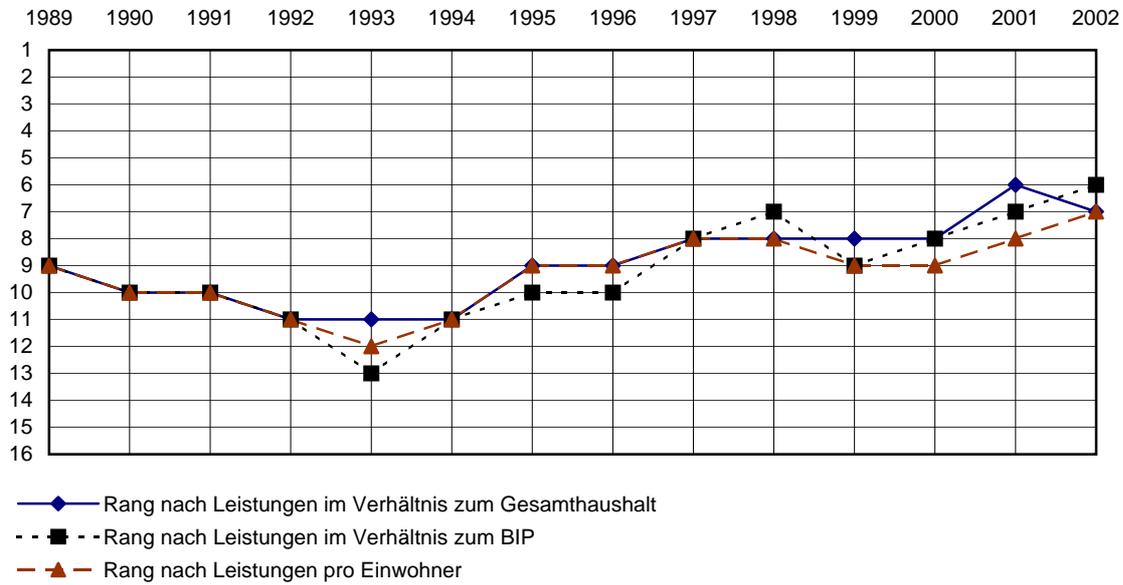
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

SACHSEN



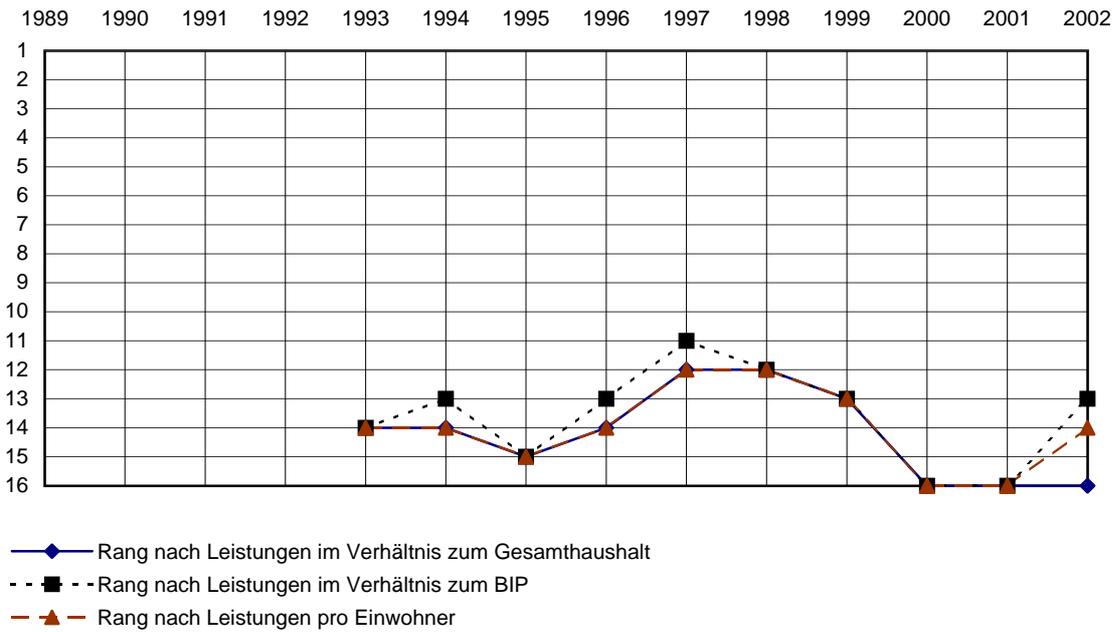
Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

SCHLESWIG- HOLSTEIN



Leistungen pro Land 1989- 2002 (ohne Studienplatzkosten)-
 Rangfolge: pro Einwohner, nach Anteil am Gesamthaushalt und am BIP

THÜRINGEN



Anhang V
Steigerungen und Kürzungen über die Jahre

Leistungen an Entwicklungsländer (ohne Studienplatzkosten)

1. Pro Einwohner in Euro; Rangfolge gemäß Leistungen 2001

	Bundesland	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
1.	Bremen	2,47	2,21	2,18	1,83	1,71	2,07	3,09	2,73	2,06	1,71	1,80	2,03	2,74	2,45
2.	Hamburg	2,96	2,81	2,80	3,07	3,29	3,26	3,14	2,90	2,83	2,77	2,98	3,01	2,52	2,97
3.	Nordrhein-Westfalen	0,52	0,50	0,91	0,90	1,69	0,98	0,96	0,98	0,82	1,11	0,81	0,94	1,24	1,18
4.	Berlin	2,30	1,88	1,53	1,60	1,87	1,70	2,29	1,87	2,65	2,28	2,41	1,72	1,20	1,17
5.	Baden-Württemberg	1,94	1,83	2,19	2,11	2,10	2,01	1,98	1,72	1,94	1,54	0,99	1,55	0,94	0,74
6.	Bayern	0,31	0,40	0,55	0,56	0,73	0,69	0,53	0,90	0,75	0,44	0,72	0,46	0,64	0,34
7.	Rheinland-Pfalz	0,96	0,82	1,01	0,82	0,77	0,57	0,92	0,71	0,49	0,56	0,44	0,46	0,63	0,59
8.	Schleswig-Holstein	0,37	0,30	0,38	0,22	0,22	0,41	0,36	0,43	0,44	0,43	0,38	0,36	0,62	0,48
9.	Hessen	1,21	0,90	0,65	0,92	0,57	0,82	0,60	0,58	0,43	0,34	0,41	0,38	0,32	0,41
10.	Mecklenburg-Vorpommern					0,01	0,03	0,11	0,09	0,08	0,06	0,08	0,25	0,25	0,31
11.	Niedersachsen	0,79	0,69	0,75	0,68	0,76	0,59	0,29	0,26	0,25	0,34	0,34	0,10	0,21	0,17
12.	Sachsen				0,02	0,14	0,48	0,34	0,31	0,10	0,09	0,31	0,10	0,17	0,08
13.	Saarland	0,29	0,28	0,31	0,31	0,31	0,13	0,20	0,19	0,18	0,10	0,07	0,07	0,13	0,13
	Brandenburg					0,23	0,26	0,05	0,19	0,14	0,20	0,23	0,18	0,13	0,08
15.	Sachsen-Anhalt			0,02		0,05	0,08	0,12	0,08	0,09	0,09	0,07	0,10	0,10	0,07
16.	Thüringen					0,06	0,11	0,07	0,13	0,16	0,14	0,10	0,03	0,08	0,06

2. Im Verhältnis zum Gesamthaushalt

Leistungen in % des Haushaltes; Rangfolge gemäß Leistungen 2001

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bundesland														
1. Nordrhein-Westfalen	0,0270	0,0246	0,0428	0,0405	0,0715	0,0416	0,0391	0,0386	0,0316	0,0442	0,0322	0,0365	0,0472	0,0446
2. Hamburg	0,0635	0,0565	0,0518	0,0529	0,0575	0,0556	0,0531	0,0468	0,0456	0,0504	0,0535	0,0531	0,0454	0,0584
3. Bremen	0,0488	0,0421	0,0378	0,0305	0,0269	0,0325	0,0469	0,0409	0,0303	0,0274	0,0283	0,0292	0,0432	0,0385
4. Baden-Württemberg	0,0868	0,0774	0,0867	0,0824	0,0801	0,0776	0,0713	0,0609	0,0707	0,056	0,0363	0,0538	0,0317	0,0255
5. Bayern	0,0152	0,0194	0,0252	0,0243	0,0309	0,0284	0,0206	0,0336	0,0281	0,0171	0,0277	0,0175	0,0237	0,0121
6. Schleswig-Holstein	0,0162	0,0128	0,0149	0,0083	0,0080	0,0145	0,0125	0,0148	0,0156	0,0160	0,0141	0,0133	0,0224	0,0173
7. Rheinland-Pfalz	0,0441	0,0361	0,0422	0,0328	0,0298	0,0217	0,0342	0,0252	0,0177	0,0207	0,0160	0,0165	0,0222	0,0210
8. Berlin	0,0365	0,0461	0,0262	0,0255	0,0277	0,0245	0,0318	0,0262	0,0381	0,0362	0,0384	0,0275	0,0180	0,0188
9. Hessen	0,0546	0,0387	0,0277	0,0364	0,0215	0,0307	0,0221	0,0202	0,0150	0,0123	0,0138	0,0126	0,0103	0,0138
10. Niedersachsen	0,0365	0,0308	0,0313	0,0267	0,0288	0,0223	0,0108	0,0099	0,0094	0,0134	0,0133	0,0037	0,0076	0,0063
11. Mecklenburg-Vorpommern					0,0002	0,0008	0,0027	0,0021	0,0018	0,0014	0,0019	0,0063	0,0063	0,0074
12. Sachsen				0,0007	0,0044	0,0151	0,0098	0,0086	0,0028	0,0025	0,0090	0,0028	0,0047	0,0022
13. Saarland	0,0112	0,0104	0,0109	0,0104	0,0098	0,0042	0,0066	0,0059	0,0058	0,0320	0,0023	0,0023	0,0044	0,0044
14. Brandenburg					0,0092	0,0067	0,0014	0,0050	0,0034	0,0050	0,0058	0,0045	0,0035	0,0019
15. Sachsen-Anhalt					0,0014	0,0022	0,0029	0,0020	0,0022	0,0022	0,0019	0,0025	0,0026	0,0018
16. Thüringen					0,0017	0,0031	0,0019	0,0033	0,0040	0,0036	0,0025	0,0007	0,0019	0,0016

3. Im Verhältnis zum BIP

Leistungen in % des BIP; Rangfolge gemäß Leistungen 2001

Bundesland	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
1. Bremen	0,0112	0,0091	0,0083	0,0067	0,0063	0,0073	0,0106	0,0094	0,0068	0,0054	0,0056	0,0061	0,0080	0,0071
2. Hamburg	0,0101	0,0089	0,0085	0,0090	0,0094	0,0091	0,0085	0,0077	0,0072	0,0069	0,0073	0,0072	0,0059	0,0068
3. Berlin	0,0115	0,0139	0,0086	0,0082	0,0089	0,0079	0,0103	0,0085	0,0121	0,0103	0,0108	0,0077	0,0053	0,0051
4. Nordrhein-Westfalen	0,0030	0,0027	0,0044	0,0042	0,0079	0,0044	0,0042	0,0043	0,0035	0,0046	0,0033	0,0038	0,0049	0,0046
5. Baden-Württemberg	0,0099	0,0086	0,0096	0,0090	0,0091	0,0085	0,0080	0,0069	0,0076	0,0058	0,0036	0,0055	0,0033	0,0026
6. Rheinland-Pfalz	0,0061	0,0049	0,0054	0,0043	0,0040	0,0029	0,0045	0,0035	0,0024	0,0027	0,0020	0,0021	0,0028	0,0026
7. Schleswig-Holstein	0,0024	0,0019	0,0020	0,0011	0,0011	0,0020	0,0017	0,0020	0,0021	0,0020	0,0017	0,0016	0,0027	0,0021
8. Bayern	0,0017	0,0020	0,0025	0,0024	0,0031	0,0028	0,0021	0,0036	0,0029	0,0016	0,0026	0,0016	0,0022	0,0011
9. Mecklenburg-Vorpommern					0,0001	0,0002	0,0008	0,0006	0,0005	0,0004	0,0005	0,0016	0,0015	0,0018
10. Hessen	0,0058	0,0040	0,0027	0,0037	0,0023	0,0032	0,0022	0,0021	0,0015	0,0012	0,0014	0,0013	0,0010	0,0013
Sachsen				0,0002	0,0012	0,0036	0,0023	0,0021	0,0007	0,0005	0,0019	0,0006	0,0010	0,0005
12. Niedersachsen	0,0052	0,0043	0,0040	0,0035	0,0039	0,0029	0,0014	0,0013	0,0012	0,0016	0,0016	0,0004	0,0009	0,0008
13. Brandenburg					0,0020	0,0019	0,0004	0,0013	0,0009	0,0013	0,0014	0,0011	0,0008	0,0004
14. Saarland	0,0018	0,0016	0,0016	0,0016	0,0016	0,0007	0,0010	0,0009	0,0009	0,0004	0,0003	0,0003	0,0006	0,0006
Sachsen-Anhalt					0,0004	0,0006	0,0009	0,0006	0,0006	0,0006	0,0005	0,0006	0,0006	0,0004
16. Thüringen					0,0005	0,0009	0,0005	0,0009	0,0011	0,0009	0,0006	0,0002	0,0005	0,0004

Anhang VI
Inhaltliche Grobaufschlüsselung der Leistungen

Baden-Württemberg
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	9.336.764	9.085.908	6.539.836	8.144.588	4.141.409	10.202.470	4.042.257	2.864.080	54.357.312
1.1 Programm- und Projektförderung	4.406.397	4.316.578	4.972.178	2.126.869	1.911.755	1.022.236	1.052.315	693.740	20.502.067
1.2 Institutionelle Förderung	4.576.062	4.419.518	409.034	306.775	375.800	1.906.659	1.901.559	1.703.097	15.598.503
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	199.523	147.186	56.082	46.297	265.904	198.775	103.148	344.985	1.361.900
1.4 Reintegrationsprogramme	154.781	202.628	1.102.544	5.664.646	1.587.950	7.074.800	985.235	122.258	16.894.843
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	9.626.537	6.477.503	9.189.691	5.756.611	4.012.923	4.276.622	4.291.891	3.235.737	46.867.515
2.1 Einsatz von Fachkräften	3.091.331	2.915.735	2.984.677	3.025.951	2.246.680	2.176.673	1.635.236	1.325.833	19.402.116
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	6.465.982	3.561.768	1.935.063	975.861	1.182.531	k.A.	k.A.	k.A.	14.121.205
2.3 Sonstige Maßnahmen	69.224	0	4.269.952	1.754.799	583.712	2.099.949	2.656.655	1.909.904	13.344.195
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	82.163	88.070	45.467	58.346	82.931	84.286	89.728	96.594	627.585
4. Stipendien Studenten	739.380	982.885	883.103	842.062	813.706	871.037	851.875	839.518	6.823.566
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	648.205	568.122	3.545.858	1.216.875	1.329.359	818.067	818.067	818.067	9.762.620
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	0	0	18.110	18.741	600	292	37.743
GESAMT	20.433.048	17.202.488	20.203.956	16.013.497	10.398.437	16.285.028	10.094.418	7.854.288	118.485.161

Bayern
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:									
1.1 Programm- und Projektförderung	725.742	593.793	860.834	868.986	613.041	1.062.129	1.333.959	1.093.604	7.152.087
1.2 Institutionelle Förderung	295.638	294.841	638.580	659.116	783.782	859.614	1.055.442	880.018	5.467.029
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	352.791	194.291	203.337	194.291	168.726	168.726	165.710	165.710	1.613.583
1.4 Reintegrationsprogramme	77.312	104.661	18.917	15.579	69.566	33.789	112.807	47.876	480.508
	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern									
2.1 Einsatz von Fachkräften	1.214.712	4.311.457	704.428	1.450.741	5.819.119	1.979.451	3.774.025	1.241.327	20.495.259
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	260.788	108.138	64.690	106.688	220.205	239.160	144.695	134.632	1.278.996
2.3 Sonstige Maßnahmen	953.924	4.203.318	404.605	951.058	4.051.755	k.A.	k.A.	k.A.	10.564.660
	0	0	235.133	392.994	1.547.159	1.740.291	3.629.330	1.106.695	8.651.603
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte									
	68.897	246.403	243.252	73.814	183.901	90.477	285.725	0	1.192.469
4. Stipendien Studenten									
	2.572.489	2.487.403	2.580.226	2.488.435	1.736.985	1.728.396	1.859.863	1.776.361	17.230.159
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung									
	1.747.153	2.504.062	4.377.206	425.172	371.167	799.672	626.561	0	10.850.994
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung									
	40.392	232.081	246.004	25.690	94.589	28.414	140.554	47.288	855.011
GESAMT									
	6.369.384	10.375.198	9.011.949	5.332.838	9.227.837	5.688.539	8.020.687	4.158.580	58.185.012

Bremen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:									
1.1 Programm- und Projektförderung	342.112	330.320	380.307	379.379	460.783	545.729	446.513	518.304	3.403.447
1.2 Institutionelle Förderung	216.867	180.716	258.609	222.974	299.099	339.221	237.502	330.387	2.085.375
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	26.383	26.383	26.383	26.383	26.383	26.383	26.383	26.300	210.979
1.4 Reintegrationsprogramme	98.863	123.221	95.315	130.022	135.302	180.126	182.628	161.617	1.107.093
	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern									
2.1 Einsatz von Fachkräften	711.459	652.301	476.959	492.714	455.009	483.064	600.228	388.098	4.259.832
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.3 Sonstige Maßnahmen	260.759	271.685	133.549	162.795	169.902	k.A.	k.A.	k.A.	998.691
	450.700	380.616	343.410	329.919	285.107	483.064	600.228	388.098	3.261.141
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte									
	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Stipendien Studenten									
	83.977	94.906	84.904	79.560	83.847	67.156	46.694	43.871	584.914
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung									
	948.549	774.863	442.758	191.300	194.978	242.352	738.063	670.603	4.203.466
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung									
	15.339	0	0	0	0	0	0	0	15.339
GESAMT									
	2.101.435	1.852.390	1.384.928	1.142.952	1.194.617	1.338.302	1.831.498	1.620.876	12.466.997

Hamburg
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	717.864	626.666	719.721	695.442	967.593	1.045.768	855.237	816.169	6.444.459
1.1 Programm- und Projektförderung	444.586	369.628	452.689	388.582	618.077	714.222	530.720	501.569	4.020.073
1.2 Institutionelle Förderung	178.117	196.248	194.195	204.005	204.005	208.193	204.004	204.005	1.592.773
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	95.109	60.790	72.837	102.855	145.511	123.353	120.513	110.595	831.562
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	407.264	389.081	481.378	374.564	594.912	649.546	203.838	344.072	3.444.655
2.1 Einsatz von Fachkräften	30.867	20.452	0	0	0	0	0	0	51.318
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	243.615	300.342	408.180	236.300	365.473	k.A.	k.A.	k.A.	1.553.910
2.3 Sonstige Maßnahmen	132.783	68.288	73.198	138.264	229.439	649.546	203.838	344.072	1.839.427
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	124.119	117.054	104.854	109.455	109.788	80.051	110.679	111.805	867.804
4. Stipendien Studenten	865.719	635.506	303.823	294.494	305.902	257.866	233.822	240.445	3.137.578
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	3.180.037	3.118.763	3.117.353	3.130.656	3.015.506	3.112.550	2.899.632	3.619.260	25.193.758
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	68.657	66.959	92.692	110.727	82.241	21.167	40.903	0	483.347
GESAMT	5.363.660	4.954.029	4.819.821	4.715.339	5.075.942	5.166.949	4.344.112	5.131.751	39.571.603

Hessen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	1.890.360	1.778.318	1.591.475	1.340.158	1.705.390	1.670.488	1.495.251	1.263.575	12.735.014
1.1 Programm- und Projektförderung	1.423.502	1.282.253	1.341.147	1.202.160	1.538.003	1.536.477	1.277.497	1.213.856	10.814.895
1.2 Institutionelle Förderung	84.184	81.807	86.408	81.807	81.807	81.807	81.807	0	579.626
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	87.453	70.670	30.984	23.366	39.206	38.292	135.948	49.719	475.638
1.4 Reintegrationsprogramme	433.269	343.588	132.936	32.825	46.374	13.913	0	0	1.002.905
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	1.376.680	1.396.814	684.510	522.919	581.971	0	785.320	717.320	6.065.534
2.1 Einsatz von Fachkräften	228.398	207.404	190.856	123.914	124.244	2.045	181.264	135.450	1.193.575
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	1.022.709	1.129.178	469.112	381.723	249.919	k.A.	k.A.	k.A.	3.252.642
2.3 Sonstige Maßnahmen	125.573	60.232	24.542	17.282	208.216	399.036	604.056	581.870	2.020.808
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	127.001	153.621	52.760	24.041	23.519	65.496	184.531	162.310	793.280
4. Stipendien Studenten	66.570	196.351	187.787	160.392	175.373	131.817	478.921	368.150	1.765.362
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0	0	39.257	0	0	12.782	20.000	0	72.039
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	11.345	0	0	0	4.806	0	0	0	16.151
GESAMT	3.610.005	3.525.104	2.555.790	2.047.510	2.491.060	2.281.665	2.964.023	2.511.355	21.986.511

Niedersachsen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	387.372	372.415	523.731	607.714	0	311.981	565.047	534.411	3.302.669
1.1 Programm- und Projektförderung	55.731	70.113	167.500	247.332	0	109.928	304.506	293.286	1.248.397
1.2 Institutionelle Förderung	6.391	0	56.472	120.154	0	0	122.741	201.930	507.688
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	325.250	287.883	294.645	235.115	0	202.053	125.300	39.195	1.509.441
1.4 Reintegrationsprogramme	0	14.418	5.113	5.113	0	0	12.500	0	37.144
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	1.193.654	758.069	403.348	246.406	0	186.613	262.123	113.450	3.163.665
2.1 Einsatz von Fachkräften	99.079	84.966	67.531	8.177	0	86.556	47.000	75.331	468.640
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	877.139	506.981	128.342	3.365	0	k.A.	k.A.	k.A.	1.515.828
2.3 Sonstige Maßnahmen	217.437	166.123	207.475	234.864	0	100.057	215.123	38.119	1.179.197
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	103.802	115.470	150.166	114.581	0	128.609	110.486	35.300	758.414
4. Stipendien Studenten	328.373	343.222	370.959	450.209	0	55.629	197.144	90.878	1.836.414
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	184.578	467.408	580.896	1.378.538	0	97.724	550.479	614.648	3.874.271
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	27.987	0	706	0	0	70.916	12.700	0	112.309
GESAMT	2.225.767	2.056.585	2.029.805	2.797.448	0	851.471	1.697.979	1.388.687	13.047.742

Nordrhein-Westfalen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	2.375.304	5.190.943	8.539.844	7.901.334	9.457.992	10.412.068	16.114.648	14.445.456	74.437.589
1.1 Programm- und Projektförderung	1.077.559	1.135.243	6.430.764	5.492.438	6.610.670	6.915.088	6.878.959	6.667.984	41.208.705
1.2 Institutionelle Förderung	255.523	316.847	392.468	334.819	594.077	1.734.042	7.239.906	5.282.865	16.150.547
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	1.042.221	3.738.854	1.716.612	2.074.076	2.253.296	1.762.938	1.995.783	2.494.607	17.078.388
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	9.239.216	6.456.836	3.482.666	2.622.041	2.132.716	2.751.760	2.907.193	1.918.680	31.511.107
2.1 Einsatz von Fachkräften	621.959	918.066	921.625	282.834	484.701	637.356	510.088	350.517	4.727.145
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	1.844.915	4.156.664	1.336.568	865.148	626.595	2.114.405	2.397.105	0	13.341.401
2.3 Sonstige Maßnahmen	6.772.341	1.382.105	1.224.474	1.474.060	1.021.419	0	0	1.568.163	13.442.562
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	1.804.492	1.140.943	1.455.474	1.622.632	1.565.314	1.575.097	797.898	1.937.447	11.899.297
4. Stipendien Studenten	1.100.170	1.085.955	1.122.854	880.063	796.068	854.714	1.209.537	1.076.173	8.125.534
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	2.520.992	3.790.742	1.256.096	7.115.520	777.464	1.209.817	1.172.233	1.920.009	19.762.873
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	191.223	95.100	105.905	90.232	113.762	41.744	121.313	9920	769.201
GESAMT	17.231.396	17.760.519	15.962.840	20.231.822	14.843.316	16.845.200	22.322.823	21.307.685	146.505.601

Rheinland-Pfalz
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	493.796	302.792	476.080	275.493	250.339	256.006	254.837	565.756	2.875.098
1.1 Programm- und Projektförderung	306.136	186.000	190.164	197.316	201.707	185.167	113.207	146.788	1.526.486
1.2 Institutionelle Förderung	59.821	59.821	59.821	0	0	0	45.096	50.000	274.559
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	127.839	56.970	226.094	78.177	48.632	70.839	96.534	368.968	1.074.053
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	2.774.623	2.117.344	1.187.984	1.853.060	1.426.250	1.342.870	1.753.912	1.397.958	13.854.000
2.1 Einsatz von Fachkräften	132.452	64.423	92.976	132.446	109.180	90.117	260.536	72.167	954.298
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	2.160.616	1.817.167	770.836	1.481.934	1.007.159	k.A.	k.A.	k.A.	7.237.711
2.3 Sonstige Maßnahmen	481.555	235.754	324.171	238.680	309.911	1.252.753	1.493.376	1.325.791	5.661.991
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	58.091	22.906	89.808	38.920	25.184	17.839	89.885	79.839	422.472
4. Stipendien Studenten	298.830	257.999	275.690	23.783	2.615	262.838	113.091	112.355	1.347.200
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	27.284	107.136	222.775	72.333	76.081	71.223	329.103	239.168	1.145.102
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	47.100	0	6.698	0	0	0	0	53.798
GESAMT	3.652.624	2.855.276	2.252.337	2.270.286	1.780.469	1.950.776	2.540.828	2.395.076	19.697.672

Saarland
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	221.645	186.213	177.674	28.274	47.806	48.851	99.000	48.000	857.463
1.1 Programm- und Projektförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Institutionelle Förderung	221.645	182.276	177.674	0	47.806	47.806	94.000	48.000	819.206
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	0	3.937	0	13.958	0	1.046	5.000	0	23.941
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	14.827	0	0	0	0	14.827
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	0	0	0	2.147	27.098	25.730	75.000	44.285	174.261
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	0	0	2.147	0	0	0	0	2.147
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.3 Sonstige Maßnahmen	0	0	0	0	27.098	25.730	75.000	44.285	172.114
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	0	0	0	0	0	0	100.000	50.564	150.564
4. Stipendien Studenten	0	18.611	23.928	24.695	0	51.129	0	0	118.364
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0	0	0	4.857	0	0	0	0	4.857
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GESAMT	221.645	204.824	201.602	60.486	74.904	125.711	274.000	142.849	1.306.021

Schleswig-Holstein
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001*	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	378.669	194.040	592.416	534.585	365.994	561.231	561.231	431.962	3.620.130
1.1 Programm- und Projektförderung	288.202	77.253	387.831	347.704	339.443	489.265	489.265	345.553	2.764.516
1.2 Institutionelle Förderung	28.121	26.722	77.631	78.855	26.551	71.966	71.966	51.100	432.913
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	62.346	90.066	126.954	108.026	0	0	0	35.309	422.701
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	103.858	77.377	94.715	62.968	0	8.884	8.884	5.190	356.686
2.1 Einsatz von Fachkräften	9.646	2.771	10.336	4.343	0	8.884	8.884	5.190	50.053
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	0	0	56	0	0	0	0	5.246
2.3 Sonstige Maßnahmen	94.213	74.606	84.379	58.568	0	0	0	0	311.766
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	52.652	614	13.963	12.445	42.810	120.297	120.297	184.574	547.652
4. Stipendien Studenten	134.981	137.282	135.609	111.143	99.191	87.547	87.547	79.670	872.969
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	324.399	782.045	573.209	424.832	583.200	227.944	227.944	647.500	3.791.074
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	71.581	46.016	0	0	0	0	117.597
GESAMT	994.559	1.191.358	1.481.493	1.191.990	1.091.196	1.005.903	1.005.903	1.348.896	9.311.297

* keine Angaben; deshalb offiziell Übernahme der Vorjahresdaten

Berlin
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	6.721.586	5.994.246	7.160.257	6.045.440	6.335.434	4.364.103	2.802.007	2.394.619	41.817.691
1.1 Programm- und Projektförderung	297.533	506.510	608.039	586.304	627.457	588.430	580.353	566.152	4.360.778
1.2 Institutionelle Förderung	5.772.138	5.348.141	6.131.855	5.017.761	5.417.763	3.493.291	1.941.374	1.652.313	34.774.635
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	376.324	139.596	287.004	269.081	245.921	265.325	245.963	148.468	1.977.681
1.4 Reintegrationsprogramme	275.591	0	133.358	172.295	44.293	17.057	34.317	27.686	704.598
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	414.460	256.143	266.741	157.185	202.235	59.998	135.242	94.707	1.586.712
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	258.516	45.824	72.092	93.273	126.545	k.A.	k.A.	k.A.	596.250
2.3 Sonstige Maßnahmen	155.944	210.319	194.649	63.911	75.691	59.998	135.242	94.707	990.461
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	0								
4. Stipendien Studenten	813.210	210.090	1.643.408	1.533.867	1.636.532	1.402.071	1.498.673	1.470.985	10.208.836
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0								
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	0	0	0	240	0	0	240
GESAMT	7.949.255	6.460.480	9.070.406	7.736.492	8.174.201	5.826.411	4.435.922	3.960.311	53.613.478

Brandenburg
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	184.915	416.702	367.984	269.053	401.596	265.003	222.354	88.389	2.215.996
1.1 Programm- und Projektförderung	48.573	141.769	43.230	0	79.510	0	0	0	313.082
1.2 Institutionelle Förderung	0	79.250	79.250	78.305	87.840	87.124	94.588	0	506.358
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	46.396	166.161	245.504	171.114	141.190	145.156	112.916	61.329	1.089.766
1.4 Reintegrationsprogramme	89.946	29.522	0	19.634	93.055	32.723	14.850	27.060	306.790
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	71.693	58.972	9.306	260.879	173.328	193.626	123.788	106.914	998.505
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	0	0	109.072	167.192	154.921	90.000	57.066	578.252
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	58.972	9.306	151.807	511	k.A.	k.A.	k.A.	220.595
2.3 Sonstige Maßnahmen	71.693	0	0	0	5.624	38.705	33.788	49.848	199.658
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	0	0	0	0	18.407	0	0	0	18.407
4. Stipendien Studenten	0	0	0	0	2.556	0	0	0	2.556
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0								
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	52.407	0	52.407						
GESAMT	309.016	475.674	377.290	529.931	595.887	458.629	346.142	195.303	3.287.872

Mecklenburg-Vorpommern
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	12.782	17.113	37.807	19.741	20.452	43.460	52.369	57.200	260.924
1.1 Programm- und Projektförderung	1.534	2.045	23.005	2.045	2.045	2.045	1.533	1.150	35.403
1.2 Institutionelle Förderung	8.692	9.254	9.715	9.715	10.226	25.565	30.678	33.300	137.144
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	2.556	5.813	5.113	7.981	8.181	15.850	20.158	22.750	88.403
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	0	0	1.023	0	16.575	93.045	51.936	97.193	259.772
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	0	0	0	0	10.359	46.823	97.193	154.375
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	0	0	0	0	0	k.A.	0	0
2.3 Sonstige Maßnahmen	0	0	1.023	0	16.575	82.686	5.113	0	105.397
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	111.241	87.943	79.201	7.030	0	39.911	176.846	93.539	595.711
4. Stipendien Studenten	68.029	67.584	131.357	66.501	27.122	10.712	82.751	26.235	480.290
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	8.181	2.045	69.605	9.894	17.556	288.476	80.923	357.795	834.474
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GESAMT	200.233	174.685	318.991	103.165	81.705	475.604	444.825	534.769	2.333.978

Sachsen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	854.200	922.591	293.690	301.247	314.189	359.207	120.632	166.847	3.332.603
1.1 Programm- und Projektförderung	831.192	863.765	275.768	248.272	246.826	275.648	47.210	86.715	2.875.395
1.2 Institutionelle Förderung	4.090	4.090	0	0	0	0	0	0	8.181
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	18.918	3.579	0	7.554	16.234	32.430	30.473	60.132	169.320
1.4 Reintegrationsprogramme	0	51.156	17.922	45.421	51.129	51.129	42.949	20.000	279.707
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	419.947	462.713	131.074	28.993	608.835	0	455.378	33.341	2.140.281
2.1 Einsatz von Fachkräften	78.986	158.742	99.937	0	507.558	0	0	0	845.224
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	340.960	51.129	31.138	25.565	25.079	k.A.	k.A.	k.A.	473.870
2.3 Sonstige Maßnahmen	68.546	252.842	0	3.429	76.198	0	455.378	33.341	889.733
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	149.658	43.214	8.837	0	0	56.173	5.822	0	263.704
4. Stipendien Studenten	51.692	12.476	24.542	72.879	50.496	0	1.227	74.481	287.791
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0	0	0	0	430.508	69.136	11.050	77.573	588.267
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	27.763	0	0	0	0	0	0	0	27.763
GESAMT	1.503.259	1.440.994	458.143	403.118	1.404.027	484.517	594.109	352.242	6.640.410

Sachsen-Anhalt
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	104.973	71.370	72.916	116.877	97.795	152.521	146.832	88.500	851.785
1.1 Programm- und Projektförderung	22.148	39.967	0	11.723	12.865	30.678	30.678	15.444	163.503
1.2 Institutionelle Förderung	0	0	0	47.561	47.561	50.434	50.433	50.306	246.296
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	82.825	31.403	0	57.593	37.368	71.410	65.721	22.750	369.070
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	51.476	17.238	19.327	33.387	9.254	20.022	23.520	36.795	211.020
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	0	13.187	5.113	33.387	6.800	k.A.	k.A.	0	58.488
2.3 Sonstige Maßnahmen	51.476	4.050	14.214	0	2.454	20.022	23.520	36.795	152.532
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	11.984	6.877	47.481	22.701	72.934	2.045	14.995	0	179.017
4. Stipendien Studenten	150.172	94.890	31.956	21.147	41.686	11.504	43.567	58.237	453.158
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0	0	0	0	0	0	42.579	0	42.579
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	23.294	0	12.782	0	71.806	0	0	107.883
GESAMT	318.605	215.203	171.680	206.895	221.669	257.898	271.493	183.532	1.846.975

Thüringen
Nettoauszahlungen in Euro

Berichtsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Summe
1. Maßnahmen in Deutschland:	10.456	29.501	217.797	194.099	119.770	29.909	108.391	54.410	764.332
1.1 Programm- und Projektförderung	0	14.509	186.780	168.906	97.529	0	24.442	28.298	520.465
1.2 Institutionelle Förderung	0	0	0	0	0	0	16.000	0	16.000
1.3 Informations- und Bildungsarbeit	10.456	14.992	0	25.193	22.241	29.909	67.949	26.112	196.851
1.4 Reintegrationsprogramme	0	0	31.017	0	0	0	0	0	31.017
2. Maßnahmen in Entwicklungsländern	120.168	228.614	130.318	87.687	89.238	17.747	31.508	59.336	764.616
2.1 Einsatz von Fachkräften	0	2.608	61.325	70.967	81.313	17.747	31.508	26.595	292.063
2.2 Finanzierung von Ausrüstungsgütern	80.784	208.210	50.026	1.380	3.579	k.A.	k.A.	k.A.	343.980
2.3 Sonstige Maßnahmen	39.384	17.797	18.966	15.339	4.346	0	0	32.741	128.573
3. Stipendien Fach- und Führungskräfte	5.471	5.982	20.003	33.067	6.668	12.477	5.555	1.190	90.412
4. Stipendien Studenten	45.045	51.142	16.466	31.105	29.297	11.331	40.323	31.146	255.855
5. Entwicklungsländerrelevante Forschung	0	0	7.751	0	0	0	0	0	7.751
6. Maßnahmen zur kulturellen Entwicklung	0	0	0	5.920	0	0	0	0	5.920
GESAMT	181.140	315.240	392.334	351.877	244.973	71.464	185.777	146.082	1.888.887

Anhang VII
Leistungen für EBÖA (oder IBA) im Vergleich

Leistungen der Bundesländer für Informations- und Bildungsarbeit (IBA) in Deutschland in €

Rangfolge gemäß ihrem Anteil an der ODA-Leistungen des Landes (ohne Studienplatzkosten) im Jahr 2001

Bundesland	Leistungen in € für IBA										2001		
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	IBA	ODA ohne StuPlaKo	Anteil IBA an ODA in %	2002			
1. Thüringen	10.456	14.992	31.016	25.193	22.241	29.909	67.949	186.000	36,53	26.112			
2. Brandenburg	46.396	166.161	245.504	171.114	141.190	145.156	112.916	346.000	32,63	61.329			
3. Sachsen Anhalt	82.825	31.403	8.687	57.593	37.368	71.410	65.721	271.000	24,25	22.750			
4. Bremen	98.863	123.221	95.315	130.022	135.302	180.126	182.628	1.810.000	10,09	161.617			
5. Nordrhein- Westfalen	1.042.221	3.738.854	1.716.612	2.074.076	2.253.296	1.762.938	1.995.783	22.374.000	8,92	2.494.607			
6. Niedersachsen	325.250	287.883	294.645	235.115	235.115	202.053	125.300	1.690.000	7,41	39.195			
7. Hessen	44.714	36.133	15.842	11.947	20.046	19.578	135.948	1.919.000	7,08	49.719			
8. Berlin	376.324	139.596	287.004	269.081	245.921	265.325	245.963	4.054.000	6,07	148.468			
9. Mecklenburg- Vorpommern	2.556	5.813	5.113	7.981	8.181	15.850	20.158	447.000	4,51	22.750			
10. Sachsen	18.918	3.579	0	7.554	16.234	32.430	30.473	734.000	4,15	60.132			
11. Rheinland- Pfalz	127.839	56.970	226.094	78.177	48.632	70.839	96.534	2.541.000	3,80	368.968			
12. Saarland	0	3.937	0	13.958	0	1.045	5.000	141.000	3,55	0			
13. Hamburg	95.109	60.790	72.837	102.855	145.511	123.353	120.513	4.344.000	2,77	110.595			
14. Bayern	77.312	104.661	18.917	15.579	69.566	33.789	112.807	7.887.000	1,43	47.876			
15. Baden- Württemberg	199.523	147.186	56.082	46.297	265.904	198.775	103.148	9.994.000	1,03	344.985			
16. Schleswig- Holstein	31.877	46.050	64.910	55.233	0	0	0	1.728.000	0	35.309			
Gesamt	2.580.184	4.967.230	3.138.581	3.301.774	3.644.505	3.152.574	3.420.841	60.466.000	5,66	3.994.412			

Anhang VIII
Zuständige für die Länder-EZ

**Referate der Landesministerien mit Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit
(Stand 15.06.2003)**

Baden- Württemberg

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Ref. Außenwirtschaft Süd

Magdalene Häberle

Bettina Miehle

Ewald Stirner

Postfach 10 34 51

70029 Stuttgart

Ruf: 0711 / 123-2162, -2282, -2502, -2353

Fax: 0711 / 123-2108

E-Mail: Magdalene.Haeberle@wm.bwl.de

Bettina.Miehle@wm.bwl.de

Ewald.Stirner@wm.bwl.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

**Referat V / 4 (Afrikanische Staaten, Staaten des Nahen und Mittleren Osten, Lateinamerika
(Ländergruppe IV) sowie Entwicklungszusammenarbeit)**

Georg Reichl

Jürgen Weithas

Prinzregentenstraße 28

80538 München

Ruf: 089 / 2162-2434, -2717

Fax: 089 / 2162-2460

E-Mail: georg.reichl@stmwvt.bayern.de

juergen.weithas@stmwv.bayern.de

Berlin

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (II C)

Dr. Jürgen Varnhorn

Jörg-Olaf Troppa

Martin-Luther-Straße 105

10825 Berlin

Ruf: 030 / 9013-8270, -7416

Fax: 030 / 9013-8466

E-Mail: juergen.varnhorn@senwiarbfrau.verwalt-berlin.de

joerg-olaf.troppa@senwiarbfrau.verwalt-berlin.de

Brandenburg

Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg

Ref. E4 – GUS, Baltikum, Südosteuropa, Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Helmut Domke

Rolf Wettstädt

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Ruf: 0331 / 866-3376, -3381

Fax: 0331 / 866-3399

E-Mail: helmut.domke@mdje.brandenburg.de

rolf.wettstaedt@mdje.brandenburg.de

Bremen

Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit

Gunther Hilliges

Kerstin Dahlberg

Ansgaritorstr. 22

28195 Bremen

Ruf: 0421 / 361-2194, -4505

Fax: 0421 / 361-2648

E-Mail: gunther.hilliges@lafez.bremen.de
kerstin.dahlberg@lafez.bremen.de

Hamburg

Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

Ref. Entwicklungspolitik

Wolfgang Grätz

Brunhild Preuss-Kuchenbecker

Poststr. 11

20354 Hamburg

Ruf: 040 / 42831-2500, -2502

Fax: 040 / 42831-490

E-Mail: Wolfgang.Graetz@sk.hamburg.de
Brunhild.Preuss-Kuchenbecker@sk.hamburg.de

Hessen

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Ref. IV 1 – Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Reinhard Klingelhöfer

Heike Basse

Heidi Kürzer

Kaiser-Friedrich-Ring 75

65185 Wiesbaden

Ruf: 0611 / 815-2359, -2356

Fax: 0611 / 815-2220

E-Mail: r.klingelhoefer@wirtschaft.hessen.de
h.basse@wirtschaft.hessen.de
h.kuerzer@wirtschaft.hessen.de

Mecklenburg- Vorpommern

Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern

Referat Außenwirtschaft, Messen, EU-Osterweiterung

Dr. Graham Butt

Elvira Schulz

Johannes-Stelling-Straße 14

19053 Schwerin

Ruf: 0385 / 588-5240, -5245

Fax: 0385 / 588-5870

E-Mail: g.butt@wm.mv-regierung.de
e.schulz@wm.mv-regierung.de

Niedersachsen

Niedersächsische Staatskanzlei

Ref. 305: Entwicklungspolitik, Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Dr. Sielke Sievers

Christa Mukrasch

Gabriele Schwarzer-Iwa

Clemensstr. 17

30169 Hannover

Ruf: 0511 / 120-4645, -4650, -4644

Fax: 0511 / 120-99-4645, -99-4650

E-Mail: Sielke.Sievers@stk.niedersachsen.de

Christa.Mukrasch@stk.niedersachsen.de

Gabriele.Schwarzer-Iwa@stk.niedersachsen.de

Nordrhein- Westfalen

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Schwannstr. 3

40476 Düsseldorf

Abteilung VII (Grundsatzfragen, Planung und Koordinierung, Eine-Welt-Politik)

Ernst-Christoph Stolper

Matthias Peck

Tel.: 0211 / 4566-650; -611

Fax: 0211 / 4566-433

Referat VII-7 (Eine-Welt-Politik, Zivile Konfliktbearbeitung)

Josef Herkendell

Dr. Walter Hüls

Tel.: 0211 / 4566-322; -613

Fax: 0211 / 4566-424

E-mail: stolper@munlv.nrw.de

matthias.peck@munvl.nrw.de

josef.herkendell@munvl.nrw.de

walter.huels@munvl.nrw.de

Rheinland- Pfalz

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Ref. Entwicklungszusammenarbeit (336)

Christopher Lang

Schillerplatz 3 – 5

55116 Mainz

Ruf: 06131 / 16-3208

Fax: 06131 / 16-3335

E-Mail: christopher.lang@ism.rlp.de

Saarland

Ministerium für Wirtschaft

Referat D 4, Außenwirtschaft, Messen und Entwicklungszusammenarbeit

Joachim Kiefaber

Jörg Kugler

Am Stadtgraben 6-8

66111 Saarbrücken

Ruf: 0681 / 501-4140, -4277

Fax: 0681 / 501-4211

E-Mail: j.kiefaber@wirtschaft.saarland.de

j.kugler@wirtschaft.saarland.de

Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit

Ref. 29 a, Außenwirtschaft

Hans Hinrich Boie

Wolfgang Zimmermann

Wilhelm-Buck-Straße 2

01097 Dresden

Ruf: 0351 / 564-8290, -8299

Fax: 0351 / 564-8209

E-Mail: hans-hinrich.boie@smwa.sachsen.de
wolfgang.zimmermann@smwa.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt

Ref. 54 – Interregionale- und Entwicklungszusammenarbeit

Stefan Habenicht

Hasselbachstr. 4

39104 Magdeburg

Ruf: 0391 / 567-4288

Fax: 0391 / 567-4722

E-Mail: habenicht@mw.lsa-net.de

Schleswig-Holstein

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Referat Grundsatzfragen der Umweltpolitik, Umweltbildung, Eine-Welt-Politik

Alfred Eberhardt

Dr. Frauke Hitzing

Mercatorstr. 3

24106 Kiel

Ruf: 0431 / 988-7150, -2141

Fax: 0431/988-7192, -7239

E-Mail: frauke.hitzing@umin.landsh.de; alfred.eberhardt@munl.landsh.de,

Thüringen

Thüringer Staatskanzlei

Ref. 35 – Internationale Angelegenheiten

Lothar Freischlader

Andrea Koschmann

Regierungsstraße 73

99084 Erfurt

Ruf: 0361 / 3792-350, -352

Fax: 0361 / 3792-302

E-Mail: FreischladerL@tsk.thueringen.de
KoschmannA@tsk.thueringen.de

**Referate des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(BMZ) mit Verbindungen zur EZ der Bundesländer (Stand 15.06.2003)**

Berlin

Referat 113
Renate Stuth
Peter Krause
Europahaus
Stresemannstr. 92
10963 Berlin
Ruf: 030/2503-2860 -2861
Fax: 030/2503-2590

e-mail: Stuth@bmz.bund.de
krausep@bmz.bund.de

Bonn

Referat 304
Roswitha Horschel
Friedrich–Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Ruf: 0228/535-3042
Fax: 0228/535-3500

e-mail: Horschel@bmz.bund.de

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Informationen hierzu finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Entwicklungspolitik, insbesondere die kritische Analyse der Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit
- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer
- Gerechter Welthandel, u.a. durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1
D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.
Büro Berlin
Voßstr. 1
D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift